

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/5 — 52105 — 5065/68

Bonn, den 29. Februar 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
vom 10. Juli 1967 zwischen der Bundesrepu-
blik Deutschland und dem Königreich Thai-
land zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom
Vermögen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deut-
schen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, englischer und
thailändischer Sprache und des Notenwechsels sowie eine Denk-
schrift zu dem Abkommen sind diesem Schreiben beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen
und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 23. Februar 1968 gemäß
Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den
Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der An-
sicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Schröder

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 10. Juli 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bangkok am 10. Juli 1967 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem Notenwechsel vom 10. Juli 1967 wird zugestimmt. Das Abkommen und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 29 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht seiner Anwendung die Rechtskraft bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuer Mehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen sowie der Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen und der Notenwechsel bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundestages, weil sich das Abkommen auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie auf die Gewerbesteuer und damit auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1967 erhoben werden. Die wesentlichen Vorteile des Abkommens greifen danach ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der späteren Ratifizierung und des Inkrafttretens vom Jahr der Abkommensunterzeichnung ab ein.

Artikel 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Rechtskraft von Steuerverordnungen für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1967 und dem Inkrafttreten des Abkommens der Abkommensanwendung nicht entgegenstehen soll.

In besonders gelagerten seltenen Einzelfällen kann — besonders bei isoliertem Betrachten einzelner Besteuerungsjahre — die Abkommensregelung Mehrbelastungen mit sich bringen. Sie sollen nach

Artikel 2 Abs. 2 des Zustimmungsgesetzes nicht über den Anfang des Jahres hinausgreifen, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch im Lande Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen und der Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher einseitig eingeräumte Ermäßigungen der deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Thailands beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Agreement
between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Thailand
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income and on Capital

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DAS KÖNIGREICH THAILAND,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs und der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Gewerbesteuer.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere:

1. In der Bundesrepublik Deutschland:
 - a) die Einkommensteuer,
 - b) die Körperschaftsteuer,
 - c) die Vermögensteuer,
 - d) die Gewerbesteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
2. im Königreich Thailand:
 - a) die Einkommensteuer (income tax) und
 - b) die örtliche Aufbausteuer (local development tax)
(im folgenden als „thailändische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Vorschriften dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Gewinns gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer.

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE KINGDOM OF THAILAND,

DESIRING to conclude an Agreement for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of each Contracting State, of its "Laender", political subdivisions, local authorities, or local administrations, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation and the "Gewerbesteuer" (trade tax) levied in the Federal Republic of Germany.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are, in particular:

1. In the case of the Federal Republic of Germany:
 - a) the Einkommensteuer (income tax),
 - b) the Körperschaftsteuer (corporation tax),
 - c) the Vermögensteuer (capital tax), and
 - d) the Gewerbesteuer (trade tax)
(hereinafter referred to as "German tax");
2. In the case of the Kingdom of Thailand:
 - a) the income tax, and
 - b) the local development tax
(hereinafter referred to as "Thai tax").

(4) The Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of, the existing taxes.

(5) The provisions of this Agreement in respect of the taxation of income or profits shall likewise apply to the "Gewerbesteuer" (trade tax) computed other than on the basis of income or capital.

ความตกลงระหว่างสหพันธสาธารณรัฐเยอรมันกับราชอาณาจักรไทย เพื่อการเว้นการเก็บภาษีซ้อนในส่วนที่เกี่ยวข้องกับภาษีเงินได้และจากทุน

สหพันธสาธารณรัฐเยอรมันและราชอาณาจักรไทย

มีความปรารถนาที่จะทำความตกลงเพื่อการเว้นการเก็บภาษีซ้อนในส่วนที่เกี่ยวข้องกับ
ภาษีเงินได้และจากทุน

ได้ตกลงกันดังต่อไปนี้

ข้อ ๑

ความตกลงนี้ให้ใช้บังคับแก่บุคคลผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐทำสัญญาทั้งสองรัฐ

ข้อ ๒

- (๑) ความตกลงนี้ให้ใช้บังคับแก่ภาษีเงินได้จากเงินได้และจากทุนที่ซึ่งมีบังคับในนามของรัฐทำสัญญาแต่ละรัฐ หรือของรัฐ (ต้นเคอร์) ของส่วนราชการ รองเจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่น หรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของแต่ละรัฐ โดยไม่คำนึงถึงวิธีการซึ่งรัฐทั้งสองนั้นเรียกเก็บ
- (๒) ภาษีซึ่งมีบังคับกับเงินได้จากเงินได้ทั้งสิ้น จากทุนทั้งสิ้น หรือจากองค์ประกอบของเงินได้หรือของทุน รวมทั้งภาษีที่เก็บจากผลกำไรจากการจำหน่ายอสังหาริมทรัพย์หรืออสังหาริมทรัพย์ ภาษีที่เก็บจากยกเงินค่าจ้างหรือเงินเคียนเงิ่งสาทิทิจเป็นผู้อัย ตลอดจนภาษีที่เก็บจากการเพิ่มค่าของทุน และ "เกอเวอเบสเคอร์" (ภาษีการค้า) ที่เรียกเก็บในสหพันธสาธารณรัฐเยอรมัน ให้ถือว่า เป็นภาษีที่เก็บจากเงินได้และจากทุน

- (๓) ภาษีที่อยู่ในปัจจุบัน ซึ่งความตกลงนี้ใช้บังคับ โดยเฉพาะได้แก่

๑. ในกรณีสหพันธสาธารณรัฐเยอรมัน

- (ก) Einkommensteuer (ภาษีเงินได้)
- (ข) Körperschaftsteuer (ภาษีบริษัท)
- (ค) Vermögensteuer (ภาษีเงินลงทุน)
- (ง) Gewerbesteuer (ภาษีการค้า)
- (ต่อไปนี้เรียกว่า "ภาษีเยอรมัน")

๒. ในกรณีราชอาณาจักรไทย

- (ก) ภาษีเงินได้ และ
- (ข) ภาษีบำรุงท้องที่
- (ต่อไปนี้เรียกว่า "ภาษีไทย")

- (๔) ความตกลงนี้ให้ใช้บังคับแก่ภาษีใด ๆ ที่เพิ่มขึ้นหรือในสาระสำคัญคล้ายคลึงกันอีกตัว ซึ่งในเวลาต่อไปจะบังคับกับเพิ่มเติมจาก หรือแทนที่ ภาษีที่อยู่ในปัจจุบัน
- (๕) บทแห่งความตกลงนี้ ในส่วนที่เกี่ยวข้องกับภาษีเงินได้หรือค่าใด ให้ใช้บังคับในทำนองเดียวกันแก่ "เกอเวอเบสเคอร์" (ภาษีการค้า) ซึ่งคำนวณภาษีนอกเหนือไปจากฐานเงินได้หรือทุน

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik“ die Bundesrepublik Deutschland und, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) bedeutet der Ausdruck „Thailand“ das Königreich Thailand;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik oder Thailand;
- d) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ je nach dem Zusammenhang die deutsche Steuer oder die thailändische Steuer;
- e) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- f) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen, andere Rechtsträger oder Personengruppen, die für die Besteuerung als juristische Personen behandelt werden;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehörige“
 1. in bezug auf die Bundesrepublik alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht errichtet worden sind;
 2. in bezug auf Thailand alle natürlichen Personen, die nach thailändischem Staatsangehörigkeitsrecht die thailändische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen, die nach dem in Thailand geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik den Bundesminister der Finanzen und auf seiten Thailands den Minister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder in diesem Abkommen nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, ihrer Eintragung, ihrer Errichtung, ihres Sitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige

Article 3

(1) In this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) The term “Federal Republic” means the Federal Republic of Germany, and, when used in a geographical sense, the territory in which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in force;
- b) The term “Thailand” means the Kingdom of Thailand;
- c) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic or Thailand, as the context requires;
- d) The term “tax” means German tax or Thai tax, as the context requires;
- e) The term “person” comprises individuals and companies;
- f) The term “company” means any body corporate or any entity or any group of persons which is treated as a body corporate for tax purposes;
- g) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- h) The term “nationals” means:
 1. in respect of the Federal Republic: all Germans in the meaning of Article 116 (1) of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in the Federal Republic;
 2. in respect of Thailand: all individuals possessing Thai nationality under the Thai law on nationality and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in Thailand;
- i) The term “competent authority” means in the case of the Federal Republic the Federal Minister of Finance, and in the case of Thailand the Minister of Finance.

(2) As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined in this Agreement shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that Contracting State relating to the taxes which are the subject of this Agreement.

Article 4

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, registration, incorporation, seat (Sitz), place of management or any other criterion of a similar nature.

(2) If by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, this case shall be determined in accordance with the following rules:

- a) He shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him

ข้อ ๓

- (๑) ในความตกลงนี้ เว้นแต่บทที่จะกำหนดเป็นอย่างอื่น
- (ก) คำว่า "สหพันธสาธารณรัฐ" หมายถึง สหพันธสาธารณรัฐเยอรมัน และ เมื่อใช้ในความหมายทางภูมิศาสตร์ หมายถึงอาณาเขตซึ่งกฎหมายพื้นฐานของสหพันธสาธารณรัฐเยอรมันมีบังคับ
- (ข) คำว่า "ประเทศไทย" หมายถึง ราชอาณาจักรไทย
- (ค) คำว่า "รัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง" และ "รัฐผู้ทำสัญญาอีกฝ่ายหนึ่ง" หมายถึง สหพันธสาธารณรัฐเยอรมัน หรือประเทศไทย แล้วแต่บทที่จะกำหนด
- (ง) คำว่า "ภาษี" หมายถึง ภาษีเยอรมัน หรือภาษีไทย แล้วแต่บทที่จะกำหนด
- (จ) คำว่า "บุคคล" กอปรด้วยบุคคลธรรมดาและบริษัท
- (ฉ) คำว่า "บริษัท" หมายถึง นิติบุคคลใด หรือหน่วยใด หรือคณะบุคคลใด ซึ่งได้รับการประกอบขึ้นตามกฎหมายเพื่อความมุ่งประสงค์ในทางภาษี
- (ช) คำว่า "วิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง" และ "วิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาอีกฝ่ายหนึ่ง" หมายความว่า ความสำคัญถึง วิสาหกิจที่ประกอบการโดยผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง และวิสาหกิจที่ประกอบการโดยผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกฝ่ายหนึ่ง
- (ซ) คำว่า "คนชาติ" หมายถึง
๑. ในกรณีที่เกี่ยวข้องกับสหพันธสาธารณรัฐ คนเยอรมันทั้งปวงตามความหมายในมาตรา ๑๑๖(๑) แห่งกฎหมายพื้นฐานของสหพันธสาธารณรัฐเยอรมัน และนิติบุคคล ห้างหุ้นส่วน และสมาคมทั้งปวงที่ได้รับความชอบของชนเช่นว่านั้นตามกฎหมายที่บังคับอยู่ในสหพันธสาธารณรัฐ
 ๒. ในกรณีที่เกี่ยวข้องกับประเทศไทย บุคคลธรรมดาทั้งปวงที่มีสัญชาติไทย ภายใต้กฎหมายไทยว่าด้วยสัญชาติ และนิติบุคคล ห้างหุ้นส่วน และสมาคม ทั้งปวงที่ได้รับความชอบเช่นว่านั้นตามกฎหมายที่บังคับอยู่ในประเทศไทย
- (๓) คำว่า "เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจ" ในกรณีสหพันธสาธารณรัฐ หมายถึง รัฐมนตรีว่าการกระทรวงการคลัง และในกรณีประเทศไทย หมายถึง รัฐมนตรีว่าการกระทรวงการคลัง
- (๔) ในการใช้บังคับความตกลงนี้ โดยรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง คำใด ๆ ที่มีไค้หมายไว้เป็นอย่างอื่น ให้มีความหมายซึ่งคำนี้มีอยู่ตามกฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสองนั้น เกี่ยวกับภาษีที่อยู่ในขอบข่ายของความตกลงนี้ เว้นแต่บทที่จะกำหนดเป็นอย่างอื่น

ข้อ ๔

- (๑) เพื่อความมุ่งประสงค์แห่งความตกลงนี้ คำว่า "ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง" หมายถึง บุคคลใด ๆ ผู้ซึ่งตามกฎหมายของรัฐนั้น จำต้องเสียภาษีในรัฐนั้น โดยเหตุผลแห่งการมีภูมิลำเนา ถิ่นที่อยู่ การจดทะเบียน สภาพนิติบุคคล แหล่งที่ตั้ง (บริษัท) สถานประกอบการ หรือโดยหลักเกณฑ์อื่นใดในทำนองเดียวกัน
- (๒) ถ้าโดยเหตุผลแห่งบทของวรรค ๑ บุคคลธรรมดาคนใดเป็นผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสองรัฐ ให้ผู้มีอำนาจนิติทางกฎหมายทั้งสองฝ่ายนี้
- (๓) ให้ถือว่าบุคคลธรรมดาผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสอง เป็นผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐนั้น ถ้าบุคคลธรรมดานั้นมีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสองรัฐ ให้ถือเป็นผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญา ซึ่งมีความสัมพันธ์ทางส่วนตัวและทางเศรษฐกิจใกล้ชิดที่สุด (ศูนย์กลางของผลประโยชน์อันสำคัญ)

Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung;
- b) eine Zweigniederlassung;
- c) eine Geschäftsstelle;
- d) eine Fabrikationsstätte;
- e) eine Werkstätte;
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 umfaßt der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine Bauausführung oder Montage nur dann, wenn deren Dauer überschreitet:

- a) 6 Monate beim Einbau und bei der Montage von Betriebseinrichtungen und Maschinen einschließlich der zum Einbau notwendigen baulichen Nebenarbeiten;
- b) 3 Monate in allen anderen Fällen.

(4) Als „Betriebsstätten“ gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu

in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closest (centre of vital interests);

- b) If the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;
- c) If he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;
- d) If he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) If by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

Article 5

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" shall include especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop;
- f) a mine, quarry or other place of extraction of natural resources.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, the term "permanent establishment" shall include a building site or construction or assembly project only if it exists for more than

- a) 6 months, in the case of installation or setting up of plant equipment or machinery including the auxiliary construction as is necessary for such installation;
- b) 3 months in all other cases.

(4) The term "permanent establishment" shall not be deemed to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of in-

- (จ) ถ้าไม่อาจกำหนดรัฐพหุสัญญาเป็นทั้งศูนย์กลางของผลประโยชน์สำคัญ
ของบุคคลธรรมดาใดก็ได้ หรือถ้าไม่มีที่อยู่ถาวรของบุคคลธรรมดาอยู่ในรัฐ
พหุสัญญาทั้งสองรัฐก็ได้ ให้ถือว่าบุคคลธรรมดานั้นเป็นผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐพหุ
สัญญาที่ตนมีอยู่เป็นปกติ
- (ค) ถ้าบุคคลธรรมดาที่มีอยู่เป็นปกติในรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐ หรือไม่มีอยู่เลยใน
รัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐ ให้ถือว่าเป็นผู้อยู่ถิ่นที่อยู่ในรัฐพหุสัญญาที่ตนเป็นคนชาติ
- (ง) ถ้าบุคคลธรรมดาเป็นคนชาติของรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐหรือมีคู่เป็นคนชาติ
ของรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐ ให้เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐนั้น
แก้ไขปัญหาคงโดยความตกลงร่วมกัน
- (๑) ถ้าโดยเหตุผลแห่งบทของวรรค ๑ บุคคลใดที่มีถิ่นพหุสัญญาเป็นผู้อยู่ถาวร
ในรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐ ให้เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐพหุสัญญาทั้งสองรัฐนั้นแก้ไขปัญหาคง
ความตกลงร่วมกัน

ข้อ ๕

- (๑) เพื่อความมุ่งประสงค์แห่งความตกลงนี้ คำว่า "สถานประกอบการถาวร" หมายถึง
สถานที่ธุรกิจประจำซึ่งวิสาหกิจใช้ประกอบธุรกิจทั้งหมดหรือบางส่วน
- (๒) คำว่า "สถานประกอบการถาวร" โดยเฉพาะให้รวมถึง
- (ก) สถานที่จัดการ
 - (ข) สาขา
 - (ค) สำนักงาน
 - (ง) โรงงาน
 - (จ) โรงงานช่างฝีมือ
 - (ฉ) เมืองแร่ เมืองหิน หรือสถานที่อื่นที่ใช้ในการขุดทรัพยากรธรรมชาติ
- (๓) แม้จะมีบทของวรรค ๑ และ ๒ อยู่ คำว่า "สถานประกอบการถาวร" ให้รวมถึง
อาคารหรือสิ่งปลูกสร้าง หรือโครงการประกอบ ถ้าหากดำรงอยู่เกินกว่า
- (ก) ๖ เดือน ในกรณีที่มีการติดตั้งหรือการคงอยู่ประจำที่ของเครื่องจักร
รวมถึงการก่อสร้างเพิ่มเติมที่จำเป็นเพื่อการติดตั้งเช่นว่านั้น
 - (ข) ๓ เดือน ในกรณีอื่น ๆ
- (๔) คำว่า "สถานประกอบการถาวร" มิให้ถือว่ารวมถึง
- (ก) การใช้เครื่องอำนวยความสะดวกเพียงเพื่อความมุ่งประสงค์ในการเก็บรักษา
จัดแสดง หรือส่งมอบของหรือสินค้าซึ่งเป็นของวิสาหกิจ
 - (ข) การเก็บรักษามูลภัณฑ์ของหรือสินค้าซึ่งเป็นของวิสาหกิจนั้นเพียงเพื่อความ
มุ่งประสงค์ในการเก็บรักษา จัดแสดงหรือส่งมอบ
 - (ค) การเก็บรักษามูลภัณฑ์ของหรือสินค้าซึ่งเป็นของวิสาหกิจนั้นเพียงเพื่อความ
มุ่งประสงค์ให้วิสาหกิจอื่นใช้ในการแปรสภาพ
 - (ง) การมีสถานธุรกิจประจำไว้เพียงเพื่อการจัดซื้อของหรือสินค้า หรือเพื่อรวบรวม
ข้อสนเทศ เพื่อวิสาหกิจนั้น
 - (จ) การมีสถานธุรกิจประจำไว้เพียงเพื่อความมุ่งประสงค์ในการโฆษณา จัดหาให้
ซึ่งข้อสนเทศ การวิจัยทางวิทยาศาสตร์ หรือเพื่อกิจกรรมทางอเนกอื่น ซึ่ง

werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten ausüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(5) Ungeachtet des Absatzes 4 gilt eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 —, die in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig ist, als eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte, wenn

- a) die Person eine Vollmacht besitzt, für das Unternehmen in diesem Vertragsstaat Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt, oder
- b) die Person in diesem Vertragsstaat gewöhnliche Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens unterhält, aus denen sie regelmäßig für das Unternehmen Güter oder Waren ausliefert, oder
- c) die Person in diesem Vertragsstaat gewöhnlich Aufträge ausschließlich oder fast ausschließlich für das Unternehmen selbst oder für das Unternehmen und andere Unternehmen, die es beherrscht oder von denen es beherrscht wird, einholt.

(6) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Dies gilt nicht, wenn der Makler oder Vertreter in dem anderen Staat eine in Absatz 5 genannte Tätigkeit ausschließlich oder fast ausschließlich für das Unternehmen selbst oder für das Unternehmen und andere Unternehmen ausübt, die es beherrscht oder von denen es beherrscht wird.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

formation, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraph 4, a person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State — other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies — shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if

- a) he has, and habitually exercises in that Contracting State, an authority to conclude contracts for or on behalf of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise; or
- b) he habitually maintains in that Contracting State a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise from which he regularly delivers goods or merchandise for or on behalf of the enterprise; or
- c) he habitually secures orders in that Contracting State, wholly or almost wholly for the enterprise itself, or for the enterprise and other enterprises which are controlled by it or have a controlling interest in it.

(6) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, if such persons are acting in the ordinary course of their business. This shall not apply if such broker or agent carries on in that other State an activity described in paragraph 5 wholly or almost wholly for the enterprise itself or for the enterprise and other enterprises which are controlled by or have a controlling interest in it.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute for either company a permanent establishment of the other.

Article 6

(1) Income from immovable property may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term “immovable property” shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

- มีลักษณะเป็นการเตรียมการ หรือเป็นส่วนประกอบของวิสาหกิจ
- (๕) แม้จะมีบทของวรรค ๔ อยู่ บุคคลที่กระทำการในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งใดในนามของวิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง นอกเหนือไปจากตัวแทนที่มีสถานภาพเป็นอิสระ ซึ่งอยู่ในบังคับของวรรค ๒ ให้ถือว่าเป็นสถานประกอบการถาวรของรัฐแรก ถ้า
- (ก) บุคคลนั้นมี และใช้อำนาจในการทำสัญญาเพื่อ หรือในนามของวิสาหกิจนั้น อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญานั้นเป็นปกติ เว้นไว้แต่ว่ากิจกรรมต่าง ๆ ของบุคคลนั้น จำกัดอยู่แต่เฉพาะเพียงการซื้อขายหรือสินค้าเพื่อวิสาหกิจนั้น หรือ
- (ข) บุคคลนั้นได้เก็บรักษามูลค่าของหรือสินค้า ซึ่งเป็นของวิสาหกิจนั้นอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญานั้นเป็นปกติ และดำเนินการส่งมอบของหรือสินค้าจากมูลค่าที่เก็บเพื่อหรือในนามของวิสาหกิจนั้นอยู่เป็นประจำ หรือ
- (ค) บุคคลนั้นจัดทำคำสั่งซื้อทั้งหมดหรือเกือบทั้งหมดในรัฐผู้ทำสัญญานั้นอยู่เป็นปกติ เพื่อวิสาหกิจนั้นเอง หรือเพื่อวิสาหกิจนั้นและวิสาหกิจอื่น ๆ ซึ่งอยู่ในความควบคุมของวิสาหกิจนั้น หรือมีผลประโยชน์ควบคุมอยู่ในวิสาหกิจนั้น
- (๖) วิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งจะไม่ถือว่าเป็นสถานประกอบการถาวรในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง เพียงเพราะว่าโคประกอบธุรกิจของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งนั้นโดยผ่านทางนายหน้า ตัวแทนค้าต่างทั่วไป หรือตัวแทนอื่นใดที่มีสถานภาพเป็นอิสระ ถ้าบุคคลเหล่านั้นได้กระทำการทางอ้อมที่แท้จริงของตน แต่จะไม่บังคับถ้าหากว่านายหน้าหรือตัวแทนเหล่านั้นได้ประกอบกิจการในอีกรัฐหนึ่งเกี่ยวกับกิจกรรมที่กำหนดไว้ในวรรค ๕ ทั้งหมดหรือเกือบทั้งหมดเพื่อวิสาหกิจนั้นเอง หรือเพื่อวิสาหกิจนั้น และวิสาหกิจอื่น ๆ ซึ่งอยู่ในความควบคุมของวิสาหกิจนั้น หรือมีผลประโยชน์ควบคุมอยู่ในวิสาหกิจนั้น
- (๗) เพียงแต่ข้อเท็จจริงที่ว่า บริษัทหนึ่งซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งใดควบคุมหรืออยู่ในความควบคุมของบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง หรือซึ่งประกอบธุรกิจในอีกรัฐหนึ่งนั้น (ไม่ว่าจะผ่านสถานประกอบการถาวรหรือไม่ก็ตาม) มิเป็นเหตุให้บริษัทหนึ่งบริษัทใดเป็นสถานประกอบการถาวรของอีกรัฐหนึ่ง

ข้อ ๖

- (๑) เงินได้จากอสังหาริมทรัพย์ อาจเก็บภาษีได้ในรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งทรัพย์สินนั้นตั้งอยู่
- (๒) คำว่า "อสังหาริมทรัพย์" ให้นิยามตามกฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งทรัพย์สินนั้นตั้งอยู่ คำนี้ไม่ว่าในกรณีใดให้รวมถึงทรัพย์สินอันเป็นอุปกรณ์ของอสังหาริมทรัพย์ สัตว์เลี้ยง และเครื่องมือที่ใช้ในการเกษตร และการป่าไม้ สิทธิที่อยู่มิบังคับกฎหมายทั่วไปว่าด้วยทรัพย์สินที่เป็นที่ดิน สิทธิเก็บกินในอสังหาริมทรัพย์ และสิทธิที่จะได้รับชำระตามจำนวนที่เปลี่ยนแปลงได้ หรือจำนวนตายตัวเป็นค่าตอบแทนในการทำงาน หรือสิทธิในการทำงาน ในทุนแร่ แหล่งแร่ และทรัพยากรธรรมชาติอย่างอื่น เรือคานัน เรือ และอากาศยาน ไม่ให้ถือว่าเป็นอสังหาริมทรัพย์
- (๓) บทของวรรค ๑ ให้บังคับแก่เงินได้อันเนื่องมาจากการใช้โดยตรง การให้เช่า หรือการใช้อสังหาริมทรัพย์ในรูปอื่น
- (๔) บทของวรรค ๑ และวรรค ๓ ให้บังคับแก่เงินได้จากอสังหาริมทรัพย์ของวิสาหกิจ
- กายน

Artikel 7

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Kann ein Unternehmen eines Vertragsstaates, das Seeschiffe im internationalen Verkehr betreibt, in Übereinstimmung mit Artikel 7 in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, so wird die Steuer in diesem anderen Staat um 50 vom Hundert ermäßigt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Gewinne aus Beteiligungen dieser Unternehmen der Seeschifffahrt oder Luftfahrt an einem Pool oder an einer Betriebsgemeinschaft.

Artikel 9

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Article 7

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in that other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(5) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) If according to Article 7 an enterprise of a Contracting State operating ships in international traffic may be taxed in the other Contracting State the tax charged shall in that other State be reduced by an amount equal to 50 per cent thereof.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall likewise apply to profits arising from participations in shipping or aircraft pools of any kind by such enterprises engaged in shipping or air transport.

Article 9

Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

ข้อ ๗

- (๑) ถ้าโรของวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งให้แก่มหาวิทยาลัยเฉพาะในรัฐนั้น เว้นไว้แต่ว่า วิสาหกิจนั้นประกอบธุรกิจของรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งโดยผ่านทางสถานประกอบการถาวรซึ่งตั้งอยู่ในอีกรัฐหนึ่งนั้น ถ้าวิสาหกิจนั้นประกอบธุรกิจดังกล่าวแล้ว ถ้าโรของวิสาหกิจอาจแก่มหาวิทยาลัยในอีกรัฐหนึ่ง แต่ต้องเก็บจากถ้าโรเพียงเท่าที่พึงถือว่าเป็นของสถานประกอบการถาวรนั้นเท่านั้น
- (๒) ในกรณีที่วิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งประกอบธุรกิจในรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งโดยผ่านทางสถานประกอบการถาวรซึ่งตั้งอยู่ในรัฐนั้น ให้นับต่อรัฐทำสัญญาถือว่าถ้าโรเป็นของสถานประกอบการถาวรนั้น ในส่วนที่พึงคาดหวังไว้ว่าสถานประกอบการถาวรนั้นจะได้รับ ถ้าหากว่าสถานประกอบการถาวรนั้นเป็นวิสาหกิจอันแยกต่างหากและประกอบกิจกรรมเช่นเดียวกันหรือคล้ายคลึงกัน ภายใต้ภาวะเช่นเดียวกันหรือคล้ายคลึงกันและคิดค่าอย่าง เป็นอิสระโดยแท้จริงกับวิสาหกิจซึ่งตนเป็นสถานประกอบการถาวรนั้น
- (๓) ในการกำหนดค่าโรของสถานประกอบการถาวร ให้นับมูลค่าที่จ่ายซึ่งมีขึ้นเพื่อสถานประกอบการถาวรนั้น รวมทั้งค่าโรจ่ายในการบริหารและการจัดการทั่วไปไม่ว่าจะมีขึ้นในรัฐทำสัญญาที่สถานประกอบการถาวรนั้นตั้งอยู่หรือไม่
- (๔) มิให้ถ้าโรใด ๆ เป็นของสถานประกอบการถาวรโดยเหตุผลเพียงว่าสถานประกอบการถาวรนั้น มีชื่อหรือสินค้าเพื่อวิสาหกิจ
- (๕) ในกรณีที่ถ้าโรรวมไว้ซึ่งรายการเงินใดซึ่งแยกอยู่ไม่ขึ้นของข้ออื่นแห่งความตกลงนี้ มิให้บทของข้ออื่นเหล่านั้นถูกกระหนกระเหินโดยบทของข้อนี้

ข้อ ๘

- (๑) ถ้าโรของวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งจากการค้าเป็นการทางอากาศยานในการจราจรระหว่างประเทศ จะแก่มหาวิทยาลัยเฉพาะในรัฐทำสัญญาที่รัฐนั้นเท่านั้น
- (๒) ถ้าตามข้อ ๗ วิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งซึ่งดำเนินการเดินเรือในการจราจรระหว่างประเทศอาจแก่มหาวิทยาลัยในรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง ถ้ามีที่เรียกเก็บในอีกรัฐหนึ่งนั้นให้ลดลงเป็นจำนวนเท่ากับร้อยละ ๕๐ ของภาษี
- (๓) ในทำนองเดียวกัน บทของวรรค ๑ และวรรค ๒ ให้ใช้บังคับแก่ถ้าโรที่เกิดขึ้นเนื่องจากการเข้าร่วมกลุ่มการเดินเรือหรืออากาศยานไม่ว่าชนิดใด ๆ โดยวิสาหกิจเหล่านั้นซึ่งดำเนินการขนส่งทางเรือหรืออากาศควบ

ข้อ ๙

ในกรณี

- (ก) วิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งเข้าร่วมโดยทางตรงหรือโดยทางอ้อมในการจัดการ การควบคุมหรือร่วมทุนของวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง หรือ
- (ข) บุคคลเดียวกันเข้าร่วมโดยทางตรงหรือโดยทางอ้อมในการจัดการ การควบคุมหรือร่วมทุนของวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาหนึ่งและวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง และในแต่ละกรณีได้มีการวางหรือตั้งบังคับเงื่อนไขระหว่างวิสาหกิจทั้งสองในความสัมพันธ์ทางการพาณิชย์หรือการเงิน ซึ่งแตกต่างไปจากเงื่อนไขซึ่งมีระหว่างวิสาหกิจอิสระ ถ้าใดใด ๆ ซึ่งควรจะมีแก่วิสาหกิจหนึ่ง หากมิได้เงื่อนไขเหล่านั้น แต่มิได้ขึ้นโดยเหตุแห่งเงื่อนไขเหล่านั้น อาจรวมเข้าเป็นถ้าโรของวิสาหกิจนั้น และ แก่มหาวิทยาลัยได้เท่านั้น

Artikel 10

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, besteuert werden, doch darf

a) die thailändische Steuer

1. 20 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen, wenn die die Dividenden zahlende Gesellschaft ein „industrielles Unternehmen“ betreibt oder wenn der Empfänger der Dividenden eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft ist, der mindestens 25 v.H. der stimmberechtigten Anteile der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören;
2. 15 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen, wenn die die Dividenden zahlende Gesellschaft ein „industrielles Unternehmen“ betreibt und der Empfänger der Dividenden eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft ist, der mindestens 25 v.H. der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft gehören;

b) die deutsche Steuer

1. 20 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen, es sei denn, daß Unterabsatz 2 anzuwenden ist;
2. 15 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Dividenden eine in Thailand ansässige Gesellschaft ist, der mindestens 25 v.H. der stimmberechtigten Anteile der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer, die ein Vertragsstaat von den Dividenden einer in diesem Staat ansässigen Gesellschaft erhebt, über die in Absatz 2 angegebenen Sätze hinausgehen, jedoch 25 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen, wenn

- a) dieser Staat die Körperschaftsteuer von den ausgeschütteten Gewinnen zu einem niedrigeren Vomhundertsatz als von den nicht ausgeschütteten Gewinnen erhebt und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 20 Punkte oder mehr beträgt, und
- b) die Dividenden von einer in diesem Staat ansässigen Gesellschaft an eine in dem anderen Staat ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der mindestens 25 v.H. der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft gehören.

(4) In diesem Artikel bedeutet

- a) der Ausdruck „Dividenden“ Einkünfte aus Aktien und aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind;
- b) der Ausdruck „industrielles Unternehmen“
 1. Unternehmen, die befaßt sind mit:
 - i) der Herstellung, Montage und der Bearbeitung und Verarbeitung,
 - ii) dem Hoch-, Tief- und Schiffsbau,
 - iii) der Erzeugung von Strom, Wasserkraft, Gas sowie der Wasserversorgung oder
 - iv) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Plantagenwirtschaft, und

Article 10

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, but

a) the Thai tax shall not exceed:

1. 20 per cent of the gross amount of the dividends if the company paying the dividends engages in an industrial undertaking or if the recipient of the dividends is a company which is a resident of the Federal Republic owning at least 25 per cent of the voting shares of the company paying the dividends;
2. 15 per cent of the gross amount of the dividends if the company paying the dividends engages in an industrial undertaking and the recipient of the dividends is a company which is a resident of the Federal Republic owning at least 25 per cent of the voting shares of the former company;

b) the German tax shall not exceed:

1. 20 per cent of the gross amount of the dividend, unless sub-paragraph 2 applies;
2. 15 per cent of the gross amount of the dividends, if the recipient of the dividends is a company which is a resident of Thailand owning at least 25 per cent of the voting shares of the company paying the dividends.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2 the tax of a Contracting State on dividends paid by a company which is a resident of that State may exceed the rates provided for in that paragraph, but shall not exceed 25 per cent of the gross amount of the dividends, if

- a) the corporation tax of that State on distributed profits is lower than that on undistributed profits and the difference between those two rates is 20 percentage points or more, and
- b) such dividends are paid by a company which is a resident of that State to a company resident of the other State and which owns at least 25 per cent of the voting shares of the first-mentioned company.

(4) In this Article

- a) the term “dividends” means income from shares and income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident;
- b) the term “industrial undertaking” means
 1. any undertaking engaged in
 - i) manufacturing, assembling and processing,
 - ii) construction, civil engineering and ship-building,
 - iii) production of electricity, hydraulic power, gas or the supply of water, or
 - iv) agriculture, forestry and fishery and the carrying on of a plantation, and

ข้อ ๑๐

- (๑) เงินปันผลที่บริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาฯ หนึ่งจ่ายแก่ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาฯ อีกรัฐหนึ่ง อาจเก็บภาษีได้ในอีกรัฐหนึ่งนั้น
- (๒) อย่างไรก็ตาม เงินปันผลเช่นนั้นอาจเก็บภาษีในรัฐผู้ทำสัญญาฯ ซึ่งบริษัทที่จ่ายเงินปันผลเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในได้ แต่
- (ก) ภาษีจะต้องไม่เกินกว่า
๑. ร้อยละ ๒๐ ของจำนวนเงินปันผลทั้งสิ้น ถ้าบริษัทที่จ่ายเงินปันผลนั้นดำเนินการกิจการอุตสาหกรรม หรือได้รับเงินปันผลเป็นบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐซึ่งเป็นเจ้าของหุ้นไม่น้อยกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียงของบริษัทที่จ่ายเงินปันผล
 ๒. ร้อยละ ๑๕ ของจำนวนเงินปันผลทั้งสิ้น ถ้าบริษัทที่จ่ายเงินปันผลดำเนินการกิจการอุตสาหกรรม และได้รับเงินปันผลเป็นบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐซึ่งเป็นเจ้าของหุ้นไม่น้อยกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียงของบริษัทแรก
- (ข) ภาษีเยอรมันจะต้องไม่เกินกว่า
๑. ร้อยละ ๒๐ ของจำนวนเงินปันผลทั้งสิ้น นอกจากกรณีที่อยู่ในวรรค ๒ ในทั้งข้อ
 ๒. ร้อยละ ๑๕ ของจำนวนเงินปันผลทั้งสิ้น ถ้าได้รับเงินปันผลเป็นบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในประเทศใดประเทศหนึ่งซึ่งเป็นเจ้าของหุ้นไม่น้อยกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียงของบริษัทที่จ่ายเงินปันผล
- (๓) แม้จะมีพหุวรรค ๒ อยู่ ภาษีที่รัฐผู้ทำสัญญาฯ หนึ่งเรียกเก็บจากเงินปันผลที่จ่ายโดยบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐนั้น อาจเกินกว่าอัตราที่กำหนดไว้ในวรรคนี้ได้ แต่จะต้องไม่เกินกว่าร้อยละ ๒๕ ของจำนวนเงินปันผลทั้งสิ้น ถ้า
- (ก) ภาษีบริษัทของรัฐนั้นที่เก็บจากกำไรที่แบ่งมีจำนวนต่ำกว่าภาษีที่เก็บจากเงินกำไรที่ยังมิได้แบ่ง และอัตราทั้งสองนั้นแตกต่างกันในอัตราร้อยละ เป็นจำนวนเงิน ๒๐ หน่วยหรือมากกว่า และ
- (ข) เงินปันผลเช่นนั้นจ่ายโดยบริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐนั้นให้แก่บริษัทซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในอีกรัฐหนึ่งและซึ่งเป็นเจ้าของหุ้นไม่น้อยกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียงของบริษัทแรก
- (๔) ในข้อนี้
- (ก) คำว่า "เงินปันผล" หมายถึงเงินได้จากหุ้นและเงินได้จากสิทธิอื่น ๆ ในบริษัท ซึ่งมีลักษณะเหมือนกันกับเงินได้จากหุ้นตามกฎหมายภาษีอากรของรัฐซึ่งบริษัทที่ทำการแบ่งให้เป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ใน
- (ข) คำว่า "กิจการอุตสาหกรรม" หมายถึง
๑. การจัดการ การประกอบ และการแปรสภาพ
 ๒. การก่อสร้าง วิศวกรรมโยธา และการก่อสร้างเรือ
 ๓. การผลิตกระแสไฟฟ้า พลังน้ำ แก๊ส หรือการประปา หรือ
 ๔. การเกษตร การป่าไม้ การประมง และการทำสวน และ

2. sonstige Unternehmen, denen die nach den thailändischen Gesetzen über die Förderung industrieller Investitionen gewährten Vergünstigungen zustehen, und
3. sonstige Unternehmen, die für die Zwecke dieses Artikels von der zuständigen Behörde Thailands zum „industriellen Unternehmen“ erklärt werden.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört, sofern die Dividenden nach dem Recht des anderen Staates als Teil der Gewinne der Betriebsstätte besteuert werden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Die Zinsen können auch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 25 v.H. des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer eines Vertragstaates von den Zinsen 10 v.H. des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen, wenn die Zinsen einem Geldinstitut (einschließlich einer Versicherungsgesellschaft) zufließen, das eine Gesellschaft des anderen Vertragstaates ist und von einem „industriellen Unternehmen“ im Sinne von Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe b gezahlt werden.

(4) Ungeachtet der Absätze 2 und 3 sind die aus einem Vertragstaat stammenden Zinsen in diesem Staat von der Steuer befreit, wenn die Zinsen zufließen:

- a) dem anderen Vertragstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften, oder
- b) einem Geldinstitut, das ganz im Eigentum des anderen Vertragstaates, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften steht, insbesondere auf Seiten der Bundesrepublik der Deutschen Bundesbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau und auf Seiten Thailands der Bank of Thailand, oder
- c) einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person aus Schuldverschreibungen, welche die Regierung des erstgenannten Staates ausgegeben hat.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

2. any other undertaking entitled to the privileges accorded under the laws of Thailand on the promotion of industrial investment, and

3. any other undertaking which may be declared to be an „industrial undertaking“ for the purpose of this Article by the competent authority of Thailand.

(5) The provisions of paragraphs 1 to 3 shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State, of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding by virtue of which the dividends are paid is effectively connected, provided that under the law of that other State the dividends are taxed as part of the profits of the permanent establishment.

(6) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company to persons who are not resident of that other State, or subject the company's undistributed profits to a tax on undistributed profits even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 25 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the tax of a Contracting State on interest received by any financial institution (including an insurance company) which is a company of the other Contracting State shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest, if the enterprise paying the interest engages in an industrial undertaking within the meaning of paragraph 4, subparagraph b, of Article 10.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraphs 2 and 3, interest arising in a Contracting State shall be exempt from tax in that State if the interest is received by

- a) the other Contracting State, a „Land“, a political subdivision, a local authority or a local administration thereof, or
- b) any financial institution wholly owned by the other Contracting State, a „Land“, a political subdivision, a local authority or a local administration thereof, and in particular, in the case of the Federal Republic, by the „Deutsche Bundesbank“ or the „Kreditanstalt für Wiederaufbau“, and in the case of Thailand, by the „Bank of Thailand“, or
- c) by a resident of the other Contracting State on bonds issued by the Government of the first-mentioned State.

(5) The term „interest“ as used in this Article means income from Government securities, bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and debt-claims of every kind as well as all other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the State in which the income arises.

- 10 00

- 17

(6) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört, sofern die Zinsen nach dem Recht des anderen Staates als Teil der Gewinne der Betriebstätte besteuert werden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(8) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

(1) Lizenzgebühren einschließlich ähnlicher Vergütungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem sie stammen, doch darf die Steuer

- a) 5 v. H. des Bruttobetrages dieser Vergütungen nicht übersteigen, wenn sie für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken gezahlt werden;
- b) 15 v. H. des Bruttobetrages dieser Vergütungen nicht übersteigen, wenn sie für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von kinematographischen Filmen oder von Tonbändern für Fernseh- oder Rundfunksendungen gezahlt werden.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Gewinne aus der Veräußerung von Rechten oder Vermögenswerten, aus denen diese Lizenzgebühren zu erzielen sind, wenn die Rechte oder Vermögenswerte von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person zur ausschließlichen Nutzung in dem anderen Vertragsstaat veräußert werden und das Entgelt für die Rechte oder Vermögenswerte von einem Unternehmen des anderen Staates oder einer in diesem Staate gelegenen Betriebstätte getragen wird.

(4) Die Absätze 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Lizenzgebühren dieser Betriebstätte zuzurechnen sind, sofern die Lizenzgebühren nach dem Recht des anderen Staates als Teil der Gewinne der Betriebstätte besteuert werden.

(6) The provisions of paragraphs 1 to 4 shall not apply if the recipient of the interest, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim from which the interest arises is effectively connected, provided that under the law of that other State the interest is taxed as part of the profits of the permanent establishment.

(7) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State, a "Land", a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(8) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

(1) Royalties including other like payments arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may be taxed in the Contracting State in which they arise, but the tax so charged shall not exceed

- a) 5 per cent of the gross amount of such payments if they are made as consideration for the use of, or the right to use any copyright of literary, artistic or scientific work;
- b) 15 per cent of the gross amount of such payments if they are made as consideration for the use of, or the right to use, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience, or for the use of, or the right to use, cinematograph films or tapes for television or broadcasting.

(3) The provisions of paragraph 2 shall likewise apply to the gains from the alienation of any right or property giving rise to such royalties if such right or property is alienated by a resident of a Contracting State for exclusive use in the other Contracting State and the payment of such right or property is borne by an enterprise of that other State or a permanent establishment situated therein.

(4) The provisions of paragraphs 2 and 3 shall not apply if the recipient of the royalties, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the royalties arise a permanent establishment and the royalties are attributable to that permanent establishment, provided that under the law of that other State the royalties are taxed as part of the profits of the permanent establishment.

- (๒) มิให้ใบพรอวอร์ค ๑ ถึง ๔ บังคับ ถ้าหากผู้รับคอกเบี้ย ซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่ง มีอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งที่คอกเบี้ยนั้นเกิดขึ้น ซึ่งสถานประกอบการการถาวรอื่นที่เกี่ยวข้องในประการสำคัญกับสิทธิเรียกร้องที่ก่อให้เกิดคอกเบี้ยนั้น ทั้งนี้เงื่อนไขว่าความกฎหมายของอีกรัฐหนึ่งนั้น คอกเบี้ยถูกเก็บภาษีในฐานะเป็นส่วนหนึ่งของกำไรของสถานประกอบการการถาวรนั้น
- (๓) คอกเบี้ยจะถือว่าเกิดขึ้นในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งถ้าผู้จ่ายเป็นรัฐนั้น หรือรัฐ (สันค) ส่วนราชการ เจ้าของที่ส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้น หรือผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐนั้น อย่างไรก็ตาม ในกรณีบุคคลที่จ่ายคอกเบี้ยไม่ว่าจะเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งหรือไม่ก็ตาม มีอยู่ซึ่งสถานประกอบการการถาวรในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งอันก่อให้เกิดหนี้ที่คอกเบี้ยนั้น และคอกเบี้ยนั้นตกเป็นภาระแก่สถานประกอบการการถาวรนั้น คอกเบี้ยเช่นนั้นให้ถือว่าเกิดขึ้นในรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งสถานประกอบการการถาวรนั้นตั้งอยู่
- (๔) ในกรณีใดที่โดยเหตุผลแห่งความสัมพันธ์เป็นพิเศษระหว่างผู้จ่ายและผู้รับ หรือระหว่างบุคคลทั้งสองนั้นกับบุคคลอื่น คอกเบี้ยที่จ่ายให้กันนั้นเมื่อคำนึงถึงสิทธิเรียกร้องอันเป็นมูลแห่งการจ่ายคอกเบี้ยแล้ว มีจำนวนเกินกว่าจำนวนเงินซึ่งควรจะได้ตกลงกันระหว่างผู้จ่ายกับผู้รับหากไม่มีความสัมพันธ์เช่นนั้น บทของข้อนี้ให้ใช้บังคับเฉพาะแก่เงินจำนวนหลัง ในกรณีเช่นนั้น ส่วนเกินของเงินที่ชำระนั้นให้ตกแก่ภาษีอากรตามกฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญาแต่ละรัฐ ทั้งนี้โดยคำนึงถึงบทอื่น ๆ แห่งความตกลงนี้ด้วย

ข้อ ๑๒

- (๑) คำสิทธิรวมทั้งการจ่ายเงินที่มีลักษณะพยานของ เกี่ยวกันที่เกิดขึ้นในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่ง และจ่ายให้แก่ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง อาจเก็บภาษีได้ในอีกรัฐหนึ่งนั้น
- (๒) อย่างไรก็ตาม คำสิทธิเช่นนั้นอาจเก็บภาษีได้ในรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งคำสิทธินั้นเกิดขึ้น แม้ภาษีที่เรียกเก็บนั้นจะคงไม่เกิน
- (ก) ร้อยละ ๕ ของจำนวนเงินที่ชำระทั้งสิ้นเท่านั้น ถ้าคำสิทธินั้นจ่ายเป็นค่าตอบแทนเพื่อการใช้ หรือสิทธิในการใช้สิทธิในงานวรรณกรรม ศิลปะ หรือวิทยาศาสตร์ใด ๆ
- (ข) ร้อยละ ๑๕ ของเงินที่ชำระทั้งสิ้นเท่านั้น ถ้าคำสิทธินั้นเป็นค่าตอบแทนเพื่อการใช้หรือสิทธิในการใช้สิทธิใน เครื่องหมายการค้า แบบ หรือฐานจำลอง แผนผัง สูตร หรือกรรมวิธีอันใด ๆ หรือเพื่อขอสันเทศเกี่ยวกับประสิทธิภาพทางอุตสาหกรรม ทางพาณิชย์ หรือวิทยาศาสตร์ หรือเพื่อการใช้ หรือสิทธิในการใช้ คอมพิวเตอร์ หรือเทปบันทึกภาพสำหรับโทรทัศน์ หรือการกระจายเสียง
- (๓) มิให้ใบพรอวอร์ค ๒ บังคับด้วยแต่ถ้าไรที่ใดจากการจำหน่ายสิทธิหรือทรัพย์สินที่ก่อให้เกิดคำสิทธินั้น คำสิทธิหรือทรัพย์สินนั้นจำหน่ายโดยผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งเพื่อการใช้ โดยเฉพาะในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง และการชำระเงินคำสิทธิหรือทรัพย์สินเช่นนั้นตกเป็นภาระแก่ผู้สหกิจของอีกรัฐหนึ่ง หรือของสถานประกอบการการถาวรที่ตั้งอยู่ในอีกรัฐหนึ่งนั้น
- (๔) มิให้ใบพรอวอร์ค ๒ และ ๓ บังคับ ถ้าหากผู้รับคำสิทธิซึ่งเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งมีอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งที่คำสิทธินั้นเกิดขึ้น ซึ่งสถานประกอบการการถาวร และคำสิทธินั้นพึงถือว่า เป็นของสถานประกอบการการถาวรนั้น ทั้งนี้โดยมีเงื่อนไขว่า ความกฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งนั้น คำสิทธิถูกเก็บภาษีในฐานะเป็นส่วนหนึ่งของกำไรของสถานประกอบการการถาวรนั้น

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehung vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 21 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das nicht zu dem in Artikel 12 Absatz 3 und in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Vermögen gehört, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 16 und 17 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für unselbständige oder selbständige Arbeit (einschließlich einer freiberuflichen Tätigkeit) bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für die in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige oder selbständige Tätigkeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält, und
- b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, welche die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State, a "Land", a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

(1) Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise), may be taxed in the other State. However, gains from the alienation of movable property of the kind referred to in paragraph 3 of Article 21 shall be taxable only in the Contracting State in which such movable property is taxable according to the said Article.

(3) Gains from the alienation of any property other than those mentioned in paragraph 3 of Article 12 and in paragraphs 1 and 2 of this Article shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 16 and 17 remuneration derived by an individual who is a resident of a Contracting State in respect of personal services (including the practice of a liberal profession) shall be taxable only in that State unless the services are rendered in the other Contracting State. If the services are so rendered, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by an individual who is a resident of a Contracting State in respect of such services rendered in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, a person who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the person paying the remuneration has in the other State.

- (๕) คำสิทธิให้ถือว่าเกิดขึ้นในรัฐผู้ทำสัญญารัฐหนึ่ง เมื่อผู้ขายโคแก่รัฐนั้น มอรัฐ (ต้นค) ส่วนราชการ เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้น หรือผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐนั้น อย่างใดก็ได้ ในกรณีบุคคลผู้ขายคำสิทธินั้น ไม่ว่าจะเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญารัฐหนึ่งหรือไม่ก็ตาม มีอยู่ซึ่งสถานประกอบการถาวรในรัฐผู้ทำสัญญารัฐหนึ่งอันเกี่ยวข้องในประการสำคัญกับสิทธิหรือทรัพย์สินที่ก่อให้เกิดคำสิทธินั้น และคำสิทธินั้นตกเป็นภาระแก่สถานประกอบการถาวรนั้น คำสิทธิเช่นนั้น ให้ถือว่าเกิดขึ้นในรัฐผู้ทำสัญญาที่สถานประกอบการถาวรนั้นตั้งอยู่
- (๖) ในกรณีใดที่โดยเหตุผลแห่งความสัมพันธ์เป็นพิเศษระหว่างผู้ขายและผู้รับหรือระหว่างบุคคลทั้งสองนั้นกับบุคคลอื่น คำสิทธิที่ขายเมื่อคำนึงถึงการใช้สิทธิหรือข้อเสนพิเศษอันเป็นมูลแห่งการจ่ายแล้ว มีจำนวนเกินกว่าจำนวนเงินซึ่งควรจะได้ตกลงกันระหว่างผู้ขายและผู้รับ หากไม่มีความสัมพันธ์เช่นนั้น บทของข้อนี้ให้บังคับเฉพาะแก่เงินจำนวนหลัง ในกรณีเช่นนั้น ส่วนเกินของเงินที่ชำระนั้นให้คงเก็บภาษีได้ตามกฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญาแต่ละรัฐ ทั้งนี้โดยคำนึงถึงข้ออื่น ๆ แห่งความตกลงนี้

ข้อ ๓๓

- (๑) ผลได้จากการจำหน่ายสิ่งพาหุทรัพย์สิน ตามที่นิยามไว้ในวรรค ๒ ของข้อ ๒ อาจเก็บภาษีได้ในรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งทรัพย์สินนั้นตั้งอยู่
- (๒) ผลได้จากการจำหน่ายสิ่งพาหุทรัพย์สินเป็นส่วนหนึ่งของทรัพย์สินธุรกิจของสถานประกอบการถาวรซึ่งวิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งมีอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง รวมทั้งผลได้จากการจำหน่ายสถานประกอบการถาวร เช่นว่านั้น (โดยสภาพหรือรวมกับวิสาหกิจทั้งหมด) อาจเก็บภาษีได้ในอีกรัฐหนึ่ง อย่างใดก็ได้ ผลได้จากการจำหน่ายสิ่งพาหุทรัพย์สินที่ระบุไว้ในวรรค ๑ ข้อ ๒๐ ให้เก็บภาษีได้เฉพาะในรัฐผู้ทำสัญญาซึ่งสิ่งพาหุทรัพย์สินนั้นว่าอาจเก็บภาษีได้ตามข้อนี้
- (๓) ผลได้จากการจำหน่ายทรัพย์สินใด ๆ นอกเหนือจากที่ระบุไว้ในวรรค ๑ ของข้อ ๒๐ และวรรค ๑ และ ๒ ของข้อนี้ ให้เก็บภาษีได้เฉพาะแต่ในรัฐซึ่งผู้จำหน่ายเป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ใน

ข้อ ๓๔

- (๑) ในบังคับของข้อ ๓๔.๑๖ และ ๓๔.๑๗ ค่าคอมแทนซึ่งบุคคลธรรมดาผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งได้รับในส่วนที่เกี่ยวกับบริการส่วนบุคคล (รวมทั้งการปฏิบัติงานวิชาชีพอิสระ) ให้เก็บภาษีได้เฉพาะในรัฐนั้น เว้นไว้แต่ว่าได้ให้บริการในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง ถ้าได้ให้บริการเช่นนั้นแล้ว ค่าคอมแทนที่ได้รับจากการนั้นอาจเก็บภาษีได้ในอีกรัฐหนึ่งนั้น
- (๒) แม้ว่าจะมีของวรรค ๑ อยู่ ค่าคอมแทนซึ่งบุคคลธรรมดาผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งได้รับในส่วนที่เกี่ยวกับบริการที่ให้บริการในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง ให้เก็บภาษีได้เฉพาะในรัฐแรก ถ้า
- (ก) ผู้รับอยู่ในอีกรัฐหนึ่งนั้นชั่วระยะเวลาหนึ่งหรือหลายระยะ ซึ่งรวมกันแล้วไม่เกินกว่า ๑๘๓ วัน ในปีปฏิทินที่เกี่ยวข้อง และ
- (ข) ค่าคอมแทนนั้นจ่ายโดย หรือในนามของ บุคคลซึ่งมิได้เป็นผู้มีถิ่นที่อยู่ในอีกรัฐหนึ่ง และ
- (ค) ค่าคอมแทนนั้นมีลักษณะเป็นภาระแก่สถานประกอบการถาวร ซึ่งบุคคลผู้จ่ายเงินค่าคอมแทนนั้นมีอยู่ในอีกรัฐหนึ่ง

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaates im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staate besteuert werden.

Artikel 15

(1) Artikel 14 Absatz 2 gilt nur dann für Vergütungen, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit für ihre Darbietungen in einem Vertragsstaat beziehen, wenn der Besuch in diesem Staat unmittelbar oder mittelbar von öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaates in erheblichem Maße unterstützt wird.

(2) Erbringt ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat Darbietungen der in Absatz 1 genannten Art, so können die Gewinne aus dem Erbringen dieser Darbietungen ungeachtet anderer Vorschriften dieses Abkommens in dem anderen Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen für Darbietungen dieser Art von öffentlichen Kassen des ersten Vertragsstaates in erheblichem Maße unterstützt wird.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „öffentliche Kassen eines Vertragsstaates“ auch die von einem Land oder einer Gebietskörperschaft errichteten öffentlichen Kassen.

Artikel 16

Aufsichtsrat- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

(1) Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gezahlt werden, sind in dem anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit, es sei denn, daß die Zahlung an einen Staatsangehörigen dieses anderen Staates geleistet wird, der nicht zugleich Staatsangehöriger des erstgenannten Vertragsstaates ist.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind die Artikel 14 und 15 auf Vergütungen für unselbständige Arbeit anzuwenden, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften geleistet wird.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die im Falle der Bundesrepublik die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost, und im Falle Thailands die „Bank of Thailand“ und andere Einrichtungen zahlen, die Staatsaufgaben wahrnehmen.

Artikel 18

(1) Ruhegehälter und andere Vergütungen für frühere unselbständige Arbeit sowie Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht, können nur dann in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft in international traffic, operated by an enterprise of a Contracting State, may be taxed in that State.

Article 15

(1) The provisions of paragraph 2 of Article 14 shall apply to remuneration derived from personal services rendered in a Contracting State by public entertainers such as theatre, radio or television artists and musicians and by athletes from their personal activities as such only if the visit to that State is substantially supported, directly or indirectly, by public funds of the other Contracting State.

(2) Notwithstanding anything contained in this Agreement, where the services mentioned in paragraph 1 are provided in a Contracting State by an enterprise of the other Contracting State, the profits derived from providing those services by such enterprise may be taxed in the first-mentioned State unless the enterprise is substantially supported, directly or indirectly, by public funds of the other Contracting State in connection with the provision of such services.

(3) For the purposes of this Article, the term “public funds of a Contracting State” shall include public funds created by a “Land”, a political subdivision, a local authority or a local administration thereof.

Article 16

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

(1) Remuneration paid by or out of funds created by a Contracting State, a “Land”, a political subdivision, a local authority or a local administration thereof to any individual in respect of an employment, shall be exempt from tax in the other Contracting State unless the payment is made to a national of that other State who is not also a national of the first-mentioned Contracting State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 the provisions of Articles 14 and 15 shall apply to remuneration in respect of an employment in connection with any trade or business carried on by a Contracting State, a “Land”, a political subdivision, a local authority or a local administration thereof.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to remuneration paid, in the case of the Federal Republic by the “Deutsche Bundesbank”, the “Deutsche Bundesbahn” and the “Deutsche Bundespost”, and in the case of Thailand by the “Bank of Thailand” and any other organization of a governmental nature.

Article 18

(1) Pensions and other payments for past employment as well as annuities derived by a resident of a Contracting State may be taxed in the other Contracting State only if such payments are deducted as expenses in

- (๓) แม้จะมีบทของวรรค ๑ และ ๒ อยู่ ค่าคอมแทนในส่วนที่เกี่ยวกับการทำงานในเรื่องหรืออากาศยานในการจราจรระหว่างประเทศ ซึ่งดำเนินการโดยวิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญา รัฐหนึ่งอาจเก็บภาษีได้ในรัฐนั้น

ข้อ ๑๕

- (๑) บทของวรรค ๒ ข้อ ๑๔ ให้ใช้บังคับแก่ค่าคอมแทนซึ่งเกิดขึ้นจากการส่วนบุคคลที่ไว้ในรัฐหนึ่ง โดยนักแสดงสาธารณะ เช่น นักแสดงละคร วิทยุหรือโทรทัศน์ และนักดนตรี และโดยนักกีฬา จากกิจกรรมส่วนบุคคลของคนในฐานะเท่านั้น เฉพาะเมื่อการมาเยือนรัฐนั้นได้รับการอุดหนุนไม่ว่าโดยตรงหรือโดยอ้อมจากเงินทุนสาธารณะของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง
- (๒) แม้ว่าจะมีความผิดใด ๆ ในความตกลงนี้ ในกรณีที่มีการซึ่งกล่าวในวรรค ๑ ได้จัดไว้ในรัฐผู้ทำสัญญา รัฐหนึ่ง โดยวิสาหกิจของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งซึ่งเงินกำไรที่ได้จากการจัดบริการเหล่านั้นโดยวิสาหกิจนั้น อาจเก็บภาษีได้ในรัฐแรก เว้นไว้แต่ว่าวิสาหกิจนั้นได้รับการอุดหนุนเป็นส่วนใหญ่โดยตรงหรือโดยอ้อมจากเงินทุนสาธารณะของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งซึ่งเกี่ยวข้องกับการจัดบริการเท่านั้น
- (๓) เพื่อความมุ่งประสงค์ของข้อนี้ คำว่า "เงินทุนสาธารณะของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง" ให้อ้างถึงเงินทุนสาธารณะที่ทั้งขึ้นโดยรัฐ (สันค) ส่วนราชการ เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่น หรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้นด้วย

ข้อ ๑๖

คำว่าการของกรรมการหรือจำนวนเงินที่ชำระอัตรากำหนดขึ้น ซึ่งผู้ถือหุ้นในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งได้รับในฐานะที่เป็นสมาชิกในคณะกรรมการของบริษัท ซึ่งเป็นผู้ถือหุ้นในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง อาจเก็บภาษีได้ในอีกรัฐหนึ่งนั้น

ข้อ ๑๗

- (๑) ค่าคอมแทนที่จ่ายโดย หรือจ่ายจาก เงินทุนที่ก่อตั้งขึ้นโดย รัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง มอรัฐ (สันค) ส่วนราชการ เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่นหรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้น ให้แก่บุคคลธรรมดาใด ๆ ในส่วนที่เกี่ยวกับการจ้างแรงงาน ให้ได้รับยกเว้นภาษีในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง เว้นไว้แต่ว่าการจ่ายเงินนั้นจ่ายให้แก่คนชาติของรัฐอื่น รัฐซึ่งมีไว้เป็นสมาชิกของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐแรกด้วย
- (๒) แม้จะมีบทของวรรค ๑ อยู่ บทของข้อ ๑๔ และ ๑๕ ให้ใช้บังคับแก่ค่าคอมแทนในส่วนที่เกี่ยวกับการจ้างแรงงานที่เกี่ยวข้องกับการค้าหรือธุรกิจใด ๆ ที่ประกอบโดยรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง มอรัฐ (สันค) ส่วนราชการ เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่นหรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้น
- (๓) ให้ใช้บทของวรรค ๑ บังคับแก่ค่าคอมแทนที่จ่าย ในกรณีสหพันธสาธารณรัฐไทย "คอบซ์ บุนเคสแมงก์" "คอบซ์ บุนเคสบาตัม" และ "คอบซ์ บุนเคสโพสท์" และในกรณีประเทศไทย ไทย "ธนาคารแห่งประเทศไทย" และองค์การอื่นใด ซึ่งมีลักษณะเป็นงานรัฐบาลด้วย

ข้อ ๑๘

- (๑) เงินบำนาญและการจ่ายเงินอย่างอื่น เพื่อการทำงานในอดีตและเงินอื่น ซึ่งผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งได้รับ อาจเก็บภาษีได้ในรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งเฉพาะเมื่อการจ่าย

diese Vergütungen bei der Ermittlung der Gewinne eines Unternehmens dieses anderen Staates oder einer in diesem Staat gelegenen Betriebstätte als Ausgaben abgezogen werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind Ruhegehälter und andere Vergütungen für frühere unselbständige Arbeit sowie Renten, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen gezahlt werden, in dem anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Vergütungen, die einer natürlichen Person von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften als Vergütung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

Artikel 19

Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig oder ist sie dort, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, ansässig gewesen und begibt sie sich lediglich zu dem Zweck in den anderen Vertragsstaat, um dort an einer Universität, Hochschule, Schule oder einer anderen Lehranstalt höchstens zwei Jahre lang eine Lehrtätigkeit auszuüben, so ist diese Person in dem anderen Vertragsstaat mit den Vergütungen für ihre Lehrtätigkeit von der Steuer befreit.

Artikel 20

(1) Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig oder ist sie dort, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, ansässig gewesen und hält sie sich in diesem anderen Vertragsstaat lediglich als Student an einer anerkannten Universität, Hochschule oder Schule dieses anderen Vertragsstaates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik einschließlich der Volontäre oder Praktikanten) vorübergehend auf, so ist diese Person in diesem anderen Staat steuerfrei hinsichtlich

- a) der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland, und
- b) der Vergütungen für Arbeit, die sie in dem anderen Staat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(2) Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig oder ist sie dort, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, ansässig gewesen und hält sie sich in diesem anderen Vertragsstaat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrages oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation oder im Rahmen eines Programms für technische Hilfe, an dem die Regierung eines Vertragsstaates beteiligt ist, vorübergehend auf, so ist diese Person in diesem anderen Staat steuerfrei hinsichtlich

- a) des Zuschusses, Unterhaltsbeitrages oder Stipendiums, und
- b) der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland, und
- c) der Vergütungen für Arbeit, die sie in dem anderen Staat ausübt, sofern die Arbeit im Rahmen der Studien, der Forschung oder der Ausbildung geleistet wird oder mit ihnen zusammenhängt.

determining the profits of an enterprise of that other State or of a permanent establishment situated therein.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions and other payments for past employment as well as annuities paid by or out of funds created by a Contracting State, a "Land", a political subdivision, local authority or local administration thereof shall be exempt from tax in the other Contracting State.

(3) Paragraph 2 shall likewise apply in respect of pensions, annuities and other recurring or not recurring remuneration paid to any individual by a Contracting State, a "Land", a political subdivision, a local authority or local administration thereof as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or political persecution.

Article 19

An individual, who is or was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other Contracting State solely for the purpose of teaching at a university, college, school or other educational institution in that other State for a period not exceeding two years shall be exempt from tax in that other Contracting State on his remuneration for such teaching.

Article 20

(1) An individual who is or was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other Contracting State solely as a student at a recognised university, college, or school in that other Contracting State, or as a business apprentice (including in the Federal Republic a "Volontär" or a "Praktikant"), shall be exempt from tax in that other State on

- a) all remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training, and
- b) any remuneration for personal services rendered in that other State supplementing the resources available to him for such purposes.

(2) An individual who is or was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other State for a period not exceeding two years solely for the purpose of study, research or training as a recipient of a grant, allowance or award from a scientific, educational, religious or charitable organization or under a technical assistance programme entered into by the Government of a Contracting State shall be exempt from tax in that other State on:

- a) the amount of such grant, allowance or award, and
- b) all remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training, and
- c) any remuneration for personal services rendered in that other State provided such services are in connection with his study, research or training or are incidental thereto.

เงินนั้นได้หักเป็นรายจ่ายในการกำหนดค่าไรของวิสาหกิจของรัฐหนึ่งนั้นหรือของสถานประกอบการที่ตั้งอยู่ในรัฐนั้น

(๒) แม้จะมีบทของวรรค ๑ อยู่ เงินภาษีและการจ่ายเงินอย่างอื่นเพื่อการดำเนินงานในอศิกและเงินซึ่งจ่ายโดยหรือจากเงินทุนที่ก่อตั้งขึ้นโดย รัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่ง มลรัฐ (ต้น) ส่วนราชการ เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่นหรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้น ให้ได้รับยกเว้นภาษีในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งนั้น

(๓) ให้ใช้บทในวรรค ๒ บังคับเช่นเดียวกันแก่กรณีเงินภาษี เงิน และค่าตอบแทนอย่างอื่นที่เกิดขึ้นเป็นประจำหรือไม่ประจำ ซึ่งจ่ายโดยรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่ง มลรัฐ (ต้น) เจ้าหน้าที่ส่วนท้องถิ่น หรือองค์การบริหารส่วนท้องถิ่นของรัฐนั้นให้แก่บุคคลธรรมดาเป็นการยกเว้นสำหรับการนำเงินหรือความเสียหายที่เกิดขึ้นอันเป็นผลจากการสู้รบหรือการประหัตประหารทางการเมือง

ข้อ ๑๘

บุคคลธรรมดาซึ่ง เป็นหรือเคยเป็นผู้อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งในพื้นที่ก่อนที่จะเข้ามาอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งและอยู่เป็นการชั่วคราวในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งนั้นเพียงเพื่อความมุ่งประสงค์ในการทำการสอนในมหาวิทยาลัย วิทยาลัย โรงเรียนหรือสถานการศึกษาอื่นในรัฐหนึ่งนั้นเป็นระยะเวลาไม่เกินกว่าสองปี ให้ได้รับยกเว้นภาษีในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งนั้นสำหรับค่าตอบแทนในการสอนเหล่านั้น

ข้อ ๒๐

(๑) บุคคลธรรมดาซึ่ง เป็นหรือเคยเป็นผู้อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งในพื้นที่ก่อนที่จะเข้ามาอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งและอยู่เป็นการชั่วคราวในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งนั้นเพียงเฉพาะในฐานะนักศึกษาในมหาวิทยาลัย วิทยาลัย หรือโรงเรียนอันเป็นที่รับรองแล้วในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งนั้น หรือในฐานะผู้ปฏิบัติงาน (รวมทั้ง "โพสท์แมน" หรือ "ปริกติกัล" ในกรณีสหพันธสาธารณรัฐ) จะได้รับยกเว้นภาษีในรัฐหนึ่งนั้นสำหรับ

(ก) เงินทั้งปวงที่ส่งจากต่างประเทศเพื่อความมุ่งประสงค์ในการครองชีพ การศึกษา หรือการพักผ่อน และ

(ข) ค่าตอบแทนใด ๆ สำหรับบริการส่วนบุคคลที่ให้อีกรัฐหนึ่งนั้นเพื่อเป็นการจูงใจทางใจของเขาเพื่อความมุ่งประสงค์เหล่านั้น

(๒) บุคคลธรรมดาซึ่ง เป็นหรือเคยเป็นผู้อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งในพื้นที่ก่อนที่จะเข้ามาอยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่งและอยู่เป็นการชั่วคราวในรัฐหนึ่งนั้นเป็นระยะเวลาไม่เกินกว่าสองปีเพียงเฉพาะเพื่อความมุ่งประสงค์ในการศึกษา ศักดิ์หรือพักผ่อนในฐานะผู้รับทุน เงินอุดหนุนหรือเงินรางวัลจากองค์การวิทยาศาสตร์ การศึกษา ศาสนาหรือองค์การกุศล หรือภายใต้โครงการให้ความช่วยเหลือทางเทคนิคซึ่งจัดโดยรัฐบาลของรัฐผู้ทำสัญญาของรัฐหนึ่ง ให้ได้รับยกเว้นภาษีในรัฐหนึ่งนั้นสำหรับ

(ก) จำนวนเงินทุน เงินอุดหนุนหรือเงินรางวัลเหล่านั้น และ

(ข) เงินทั้งปวงที่ส่งจากต่างประเทศเพื่อความมุ่งประสงค์ในการครองชีพ การศึกษา หรือการพักผ่อน และ

(ค) ค่าตอบแทนใด ๆ สำหรับบริการส่วนบุคคลที่ให้อีกรัฐหนึ่งนั้น แต่มีเงื่อนไขว่าบริการเหล่านั้น ต้องเกี่ยวข้องกับการศึกษา ศักดิ์ หรือการพักผ่อนหรือมีลักษณะอย่างเดียวกันของบุคคลนั้น

(3) Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig oder ist sie dort, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, ansässig gewesen und hält sie sich in diesem anderen Vertragsstaat lediglich als Arbeitnehmer der Regierung oder eines Unternehmens des anderen Staates oder auf Grund eines Vertrages oder einer Vereinbarung mit dieser Regierung oder einem solchen Unternehmen vorübergehend für die Dauer von höchstens 12 Monaten auf, um technische, berufliche oder geschäftliche Erfahrungen zu erwerben, so ist diese Person in dem anderen Staat steuerfrei hinsichtlich

- a) der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland, und
- b) der den Betrag von 15 000 DM oder den Gegenwert in thailändischer Währung nicht übersteigenden Vergütungen für die in dem anderen Staat ausgeübte Arbeit, sofern diese Arbeit im Rahmen ihrer Studien oder ihrer Ausbildung geleistet wird oder damit zusammenhängt.

Artikel 21

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte befindet.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaates im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

(1) Die Veranlagung und Besteuerung des Einkommens und des Vermögens in jedem der beiden Vertragsstaaten richtet sich weiterhin nach den in dem betreffenden Vertragsstaat geltenden Gesetzen, es sei denn, daß dieses Abkommen ausdrücklich entgegenstehende Vorschriften enthält.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 wird bei einer in der Bundesrepublik ansässigen Person die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage für die deutsche Steuer werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb Thailands und die in Thailand gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Thailand besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in Thailand ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 v.H. der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die deutsche Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

(3) An individual who is or was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and who is temporarily present in that other State for a period not exceeding twelve months solely as an employee of, or under contract or arrangement with, the Government or an enterprise of that other State for the purpose of acquiring technical, professional or business experience shall be exempt from tax in that other State on

- a) all remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training, and
- b) any remuneration, so far as it is not in excess of 15.000 Deutsche Mark or the equivalent in Thai currency, for personal services rendered in that other State, provided such services are in connection with his studies or training or are incidental thereto.

Article 21

(1) Capital represented by immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(3) Ships or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in that State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 22

(1) The laws in force in either of the Contracting States will continue to govern the assessment and taxation of income and capital in the respective Contracting State except where express provision to the contrary is made in this Agreement.

(2) Subject to the provisions of paragraph 1, tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic as follows:

- a) Unless the provisions of subparagraph b) below apply, there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed any item of income from sources within Thailand and any item of capital situated within Thailand which according to this Agreement may be taxed in Thailand. The Federal Republic, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so excluded. The first sentence shall in the case of dividends apply only to such dividends as are paid to a company limited by shares (Kapitalgesellschaft) which is a resident of the Federal Republic by a company which is a resident of Thailand and at least 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company. There shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed any share-holding, the dividends on which, if paid, would be excluded from the tax basis according to the immediately foregoing sentence.

(๓) บุคคลธรรมดาซึ่งเป็นหรือเคยเป็นผู้อยู่ในรัฐทำสัญญาฉบับหนึ่งในทันทีก่อนที่จะเข้ามาอยู่ในรัฐทำสัญญาฉบับหนึ่งและอยู่เป็นการชั่วคราวในอีกรัฐหนึ่งนั้นเป็นเวลาไม่เกินกว่าสิบสองเดือนเฉพาะในฐานะเป็นลูกจ้าง หรืออยู่ภายใต้สัญญา หรือการจัดกรของรัฐบาล หรือวิสาหกิจของอีกรัฐหนึ่งนั้นเพื่อความมุ่งประสงค์ให้มีความชำนาญทางเทคนิคทางวิชาชีพ หรือทางธุรกิจ ให้ได้รับยกเว้นภาษีในอีกรัฐหนึ่งนั้นสำหรับ

(ก) เงินพึงปวงที่ส่งจากต่างประเทศเพื่อความมุ่งประสงค์ในการครองชีพ การศึกษา หรือการฝึกอบรม และ

(ข) ค่าตอบแทนใด ๆ ซึ่งไม่เกินกว่า ๑๕,๐๐๐ กอบขัมมาร์ค หรือเงินตราไทยเท่ากันตามอัตราแลกเปลี่ยน สำหรับการบริการส่วนบุคคลที่ได้รับในอีกรัฐหนึ่งนั้น แม้มีเงื่อนไขว่าการบริการนั้นจะต้องเกี่ยวข้องกับ หรือจำเป็นต่อการศึกษาด้านวิชาชีพหรือลักษณะบางอย่างเกี่ยวกับของบุคคลนั้น

ข้อ ๒๔

(๑) ทุนที่เป็นอสังหาริมทรัพย์ ดังที่นิยามไว้ในวรรค ๒ ของข้อ ๖ อาจเก็บภาษีได้ในรัฐทำสัญญาซึ่งทรัพย์สินนั้นตั้งอยู่

(๒) ทุนที่เป็นสังหาริมทรัพย์อันเป็นส่วนหนึ่งของทรัพย์สินธุรกิจของสถานประกอบการถาวรของวิสาหกิจ อาจเก็บภาษีได้ในรัฐทำสัญญาซึ่งสถานประกอบการถาวรนั้นตั้งอยู่

(๓) เรือหรืออากาศยานที่ใช้ในการจราจรระหว่างประเทศโดยวิสาหกิจของรัฐทำสัญญารัฐหนึ่งและสังหาริมทรัพย์ราคาที่เกี่ยวข้องกับการดำเนินการเดินเรือและอากาศยานเช่นนั้น ให้เก็บภาษีได้เฉพาะในรัฐนั้น

(๔) องค์ประกอบอื่นใดที่พึงปวงของทุนของผู้อยู่ในรัฐทำสัญญารัฐหนึ่ง ให้เก็บภาษีได้เฉพาะในรัฐนั้น

ข้อ ๒๕

(๑) กฎหมายซึ่งบังคับไว้ในรัฐทำสัญญารัฐใด จะยังคงใช้ต่อไปในการประเมิน และการเก็บภาษีจากเงินได้และเงินทุนในรัฐทำสัญญาทั้งสองฝ่าย เว้นแต่จะมิเช่นนั้นไว้ชัดแจ้งเป็นอย่างอื่นกับความตกลงนี้

(๒) ในบังคับแห่งบทของวรรค ๑ ในกรณีของผู้อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐให้กำหนดภาษีดังต่อไปนี้

(ก) เว้นแต่บทของอนุวรรค ข. ข้างล่างนี้บังคับไว้ให้หักออกเสียจากฐานการตั้งบังคับภาษีเยอรมันซึ่งรายการใด ๆ ของเงินได้จากแหล่งในประเทศไทย และซึ่งรายการใด ๆ ของทุนตั้งอยู่ในประเทศไทยซึ่งอาจเก็บภาษีในประเทศไทยได้ตามความตกลงนี้ อย่างไรก็ตาม สหพันธสาธารณรัฐยังคงไว้ซึ่งสิทธิที่จะนำรายการ เงินได้และทุนที่หักออกเหล่านี้มารวมคำนวณเพื่อกำหนดอัตราภาษีได้ ข้อความในประเทศแรกจะบังคับกับในกรณีเงินปันผลเฉพาะสำหรับเงินปันผลที่จ่ายให้แก่บริษัทจากหุ้น (กาบิลิต เอเชอร์ชาฟท์) ซึ่งเป็นผู้อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐโดยบริษัทซึ่งเป็นผู้อยู่ในประเทศไทยและบริษัทแรกนั้นหุ้นไม่น้อยกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียง นอกจากนั้นให้หักออกเสียจากฐานการตั้งบังคับภาษีเยอรมัน ซึ่งการถือหุ้นใด ๆ เงินปันผลจากหุ้นนั้นหากมีการจ่ายแล้ว จะต้องหักออกจากฐานภาษีตามประเทศต้นที่

- b) Die Steuer, die nach thailändischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nachstehenden, aus Quellen innerhalb Thailands stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften erhobene deutsche Steuer angerechnet:
1. Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr, die nach Artikel 8 Absatz 2 in Thailand besteuert werden können;
 2. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 3. Zinsen;
 4. Lizenzgebühren und die in Artikel 12 Absatz 3 genannten Veräußerungsgewinne;
 5. Gewinne, die nach Artikel 15 Absatz 2 in Thailand besteuert werden können;
 6. die in Artikel 17 Absatz 1 genannten Vergütungen, die an einen deutschen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich thailändischer Staatsangehöriger ist;
 7. Ruhegehälter und sonstige Vergütungen sowie Renten, die nach Artikel 18 Absatz 1 in Thailand besteuert werden können.
- (3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 wird bei einer in Thailand ansässigen Person die Steuer wie folgt festgesetzt:
- a) Von der Bemessungsgrundlage für die thailändische Steuer werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik und die in der Bundesrepublik gelegenen Vermögensteile ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist. Thailand behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in Thailand ansässigen Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 v.H. der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die thailändische Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.
- b) Die Steuer, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von einer in Thailand ansässigen Person für aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik stammende Einkünfte zu zahlen ist, wird auf die thailändische Steuer angerechnet, wenn die Einkünfte bestehen aus:
1. Gewinnen aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr, die nach Artikel 8 Absatz 2 in der Bundesrepublik besteuert werden können;
 2. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 3. Zinsen;
 4. Lizenzgebühren und die in Artikel 12 Absatz 3 genannten Veräußerungsgewinne;
 5. Gewinnen, die nach Artikel 15 Absatz 2 in der Bundesrepublik besteuert werden können;
 6. die in Artikel 17 Absatz 1 genannten Vergütungen, die an einen thailändischen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich deutscher Staatsangehöriger ist;
 7. Ruhegehältern und sonstigen Vergütungen sowie Renten, die nach Artikel 18 Absatz 1 in der Bundesrepublik besteuert werden können.
- b) Tax payable under the laws of Thailand and in accordance with this Agreement on the following items of income from sources within Thailand shall, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, be allowed as a credit against such German tax on income as is payable in respect of the following items of income:
1. profits derived by operating ships in international traffic which may be taxed in Thailand according to paragraph 2 of Article 8;
 2. dividends not dealt with in subparagraph a) above;
 3. interest;
 4. royalties and such gains as are mentioned in paragraph 3 of Article 12;
 5. profits which may be taxed in Thailand according to paragraph 2 of Article 15;
 6. remuneration mentioned in paragraph 1 of Article 17 paid to a German national who is not also a Thai national;
 7. pensions and other payments and annuities which may be taxed in Thailand according to paragraph 1 of Article 18.
- (3) Subject to the provisions of paragraph 1, tax shall be determined in the case of a resident of Thailand as follows:
- a) Unless the provisions of subparagraph b) below apply, there shall be excluded from the basis upon which Thai tax is imposed any item of income from sources within the Federal Republic and any item of capital situated within the Federal Republic which according to this Agreement may be taxed in the Federal Republic. Thailand, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so excluded. The first sentence shall in the case of dividends apply only to such dividends as are paid to a company which is a resident of Thailand by a company limited by shares (Kapitalgesellschaft) which is a resident of the Federal Republic and at least 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company. There shall also be excluded from the basis upon which Thai tax is imposed any shareholding, the dividends on which, if paid, would be excluded from the tax basis according to the immediately foregoing sentence.
- b) Tax payable under the laws of the Federal Republic and in accordance with this Agreement by a resident of Thailand on income from sources within the Federal Republic shall be allowed as credit against Thai tax if such income consists of:
1. profits derived by operating ships in international traffic which may be taxed in the Federal Republic according to paragraph 2 of Article 8;
 2. dividends not dealt with in subparagraph a) above;
 3. interest;
 4. royalties and gains such as are mentioned in paragraph 3 of Article 12;
 5. profits which may be taxed in the Federal Republic according to paragraph 2 of Article 15;
 6. remuneration mentioned in paragraph 1 of Article 17 paid to a Thai national who is not also a German national;
 7. pensions and other payments and annuities which may be taxed in the Federal Republic according to paragraph 1 of Article 18.

- (ข) ภายใต้บังคับของกฎหมายภาษีเยอรมันเกี่ยวกับการให้เครดิตทางต่างประเทศ ภาษีที่กองเสีตามกฎหมายของประเทศไทย และตามความตกลงนี้สำหรับรายการเงินได้ซึ่งถือเป็นเงินได้จากแหล่งในประเทศไทย โดยมีให้ถือเป็นเครดิตหักจากภาษีเยอรมันที่เก็บจากเงินได้ซึ่งเสียในส่วนที่เกี่ยวข้องกับการเงินได้ซึ่งถือเป็นเงินได้
๑. ถ้าไรที่ได้จากการดำเนินการเดินเรือในการจราจรระหว่างประเทศซึ่งอาจเก็บภาษีในประเทศไทยได้ตามวรรค ๒ ของข้อ ๔
 ๒. เงินปันผลที่ไม่เกี่ยวข้องกับอนุวรรค ก. ข้างต้น
 ๓. ดอกเบี้ย
 ๔. ค่าสิทธิและผลประโยชน์ที่กล่าวในวรรค ๓ ของข้อ ๑๒
 ๕. ถ้าไรซึ่งอาจเก็บภาษีในประเทศไทยได้ตามวรรค ๒ ของข้อ ๑๔
 ๖. ค่าคอมมิชชั่นตามที่กล่าวในวรรค ๑ ของข้อ ๑๗ ซึ่งจ่ายให้แก่คนชาติเยอรมันผู้มีถิ่นที่อยู่ในคนชาติไทยด้วย
 ๗. บำนาญและเงินอื่นที่จ่ายและเงินซึ่งอาจเก็บภาษีในประเทศไทยได้ตามวรรค ๑ ของข้อ ๑๘
- (ค) ในบทบังคับของวรรค ๑ ในกรณีของผู้อยู่ในประเทศไทยให้กำหนดภาษีดังนี้
- (ก) เว้นแต่ของอนุวรรค ข. ข้างล่างนี้ซึ่งห้าม ให้หักออกเสียจากฐานการคำนวณภาษีไทย ซึ่งรายการใด ๆ ของเงินได้จากแหล่งในสหพันธสาธารณรัฐและซึ่งรายการใด ๆ ของเงินที่อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐอันอาจเก็บภาษีในสหพันธสาธารณรัฐได้ความตกลงนี้ อย่างไรก็ตาม ประเทศไทยยังคงไว้ซึ่งสิทธิที่จะนำรายการเงินได้และเงินที่หักออกเหล่านี้รวมคำนวณเพื่อกำหนดอัตราภาษีได้ ข้อความในประโยคแรกจะบังคับกับในกรณีเงินปันผลเฉพาะสำหรับเงินปันผลที่จ่ายให้แก่บริษัทซึ่งเป็นผู้อยู่ในประเทศไทยโดยบริษัทจำกัดตามหุ้น (กานิคัล เกเซอชฟัท) ซึ่งเป็นผู้อยู่ในสหพันธสาธารณรัฐและบริษัทนั้นมีหุ้นไม่เกินกว่าร้อยละ ๒๕ ของหุ้นที่มีสิทธิออกเสียง นอกจากนี้ให้หักออกเสียจากฐานการคำนวณภาษีไทย ซึ่งการถือหุ้นใด ๆ เงินปันผลจากหุ้นนั้น หากมีการจ่ายแล้ว จะต้องหักออกจากฐานภาษีตามประโยคก่อนทันที
- (ข) ภาษีที่กองชำระตามกฎหมายของสหพันธสาธารณรัฐและตามความตกลงนี้โดยผู้อยู่ในประเทศไทยสำหรับรายได้จากแหล่งในสหพันธสาธารณรัฐ โดยมีให้ถือเป็นเครดิตหักจากภาษีไทยได้ ถ้ารายได้เหล่านั้นเป็น
๑. ถ้าไรที่ได้จากการดำเนินการเดินเรือในการจราจรระหว่างประเทศซึ่งอาจเก็บภาษีในสหพันธสาธารณรัฐได้ตามวรรค ๒ ของข้อ ๔
 ๒. เงินปันผลที่ไม่เกี่ยวข้องกับอนุวรรค ก. ข้างต้น
 ๓. ดอกเบี้ย
 ๔. ค่าสิทธิและผลประโยชน์ที่กล่าวในวรรค ๓ ของข้อ ๑๒
 ๕. ถ้าไรซึ่งอาจเก็บภาษีในสหพันธสาธารณรัฐได้ตามวรรค ๒ ของข้อ ๑๔
 ๖. ค่าคอมมิชชั่นตามที่กล่าวในวรรค ๑ ของข้อ ๑๗ จ่ายให้แก่คนชาติไทยผู้มีถิ่นที่อยู่ในคนชาติเยอรมันด้วย
 ๗. บำนาญและเงินอื่นที่จ่ายและเงินซึ่งอาจเก็บภาษีในสหพันธสาธารณรัฐตามวรรค ๑ ของข้อ ๑๘

Der anzurechnende Betrag bemißt sich nach der in der Bundesrepublik gezahlten Steuer, darf aber den Teil der thailändischen Steuer nicht übersteigen, der dem Verhältnis der Reineinkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik zum Gesamtbetrag der der thailändischen Steuer unterliegenden Reineinkünfte entspricht. Bei der Festsetzung des Gesamtbetrages der Reineinkünfte werden Verluste, gleichgültig, in welchen Staaten sie entstanden sind, nicht berücksichtigt.

Artikel 23

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Staat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

Such credit shall be based on the amount of tax paid to the Federal Republic but shall not exceed the portion of the Thai tax which net income from sources within the Federal Republic bears to the entire net income subject to Thai tax. In determining such entire net income a loss incurred in any country shall not be taken into account.

Article 23

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

(4) In this Article the term "taxation" means taxes of every kind and description.

Article 24

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the national laws of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at an appropriate solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with this Agreement.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in this Agreement.

จำนวนเกร็ดที่เห็นว่าน่าจะถือตามจำนวนภาษีที่จ่ายให้แก่สหพันธสาธารณรัฐ แค่นั้น
ไม่เกินส่วนของจำนวนภาษีไทยตามอัตราส่วนของเงินโคสูลจากแหล่งภายในสหพันธสาธารณรัฐ
ต่อเงินโคสูลทั้งสิ้นที่ส่งชำระภายในรัศมีกัมพูชาไทย ในการกำหนดเงินโคสูลทั้งสิ้นเห็นว่า
ผลจากเหตุนี้เกิดขึ้นในประเทศใด ๆ จะต้องไม่นำมาประกอบการพิจารณา

ข้อ ๒๓

(๑) คนชาติของรัฐทำสัญญาต่างประเทศซึ่งจะคงไม่ถูกบังคับ ในรัฐทำสัญญาอีกประเทศหนึ่ง ให้เสีย
ภาษีอากรใด ๆ หรือให้ปฏิบัติตามที่ประสงค์ใด ๆ เกี่ยวกับการนั้นซึ่งเป็นการนอกเหนือไปจาก
หรือเป็นการระงับการเก็บภาษีอากรและข้อประสงค์ที่เกี่ยวข้องซึ่งคนชาติของรัฐหนึ่งนั้น
ถูกหรืออาจถูกบังคับให้เสียหรือให้ปฏิบัติตามที่ประสงค์ใด ๆ

(๒) ภาษีอากร เก็บจากสถานประกอบการซึ่งวิสาหกิจของรัฐทำสัญญาต่างประเทศหนึ่งมี
อยู่ในรัฐทำสัญญาอีกประเทศหนึ่ง จะต้องไม่ถูกเรียกเก็บในอีกประเทศหนึ่งนั้น โดยเป็นการอนุเคราะห์
น้อยกว่าภาษีอากรที่เรียกเก็บจากวิสาหกิจของรัฐหนึ่งนั้นที่ประกอบกิจการบางอย่างเดียวกัน

บทนี้มีให้แปลความเป็นการผูกพันกับรัฐทำสัญญาต่างประเทศในอันที่จะให้คำขอผ่อน
ผ่อนผันหรือการหักลดส่วนบุคคลใด ๆ แก่ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐทำสัญญาอีกประเทศหนึ่งเพื่อการเก็บภาษี
อากรตามสถานะของบุคคล หรือตามความรับผิดชอบทางครอบครัวซึ่งรัฐนั้นให้แก่มูลนิธิที่อยู่ใน
รัฐของตน

(๓) วิสาหกิจของรัฐทำสัญญาต่างประเทศหนึ่ง ซึ่งมีถิ่นที่อยู่ในรัฐทำสัญญาอีกประเทศหนึ่งคนเดียว
หรือหลายคนเป็นเจ้าของหรือควบคุมอยู่ทั้งหมดหรือบางส่วน ไม่ว่าโดยทางตรงหรือทางอ้อม
จะต้องไม่ถูกบังคับในรัฐแรกให้เสียภาษีอากรใด ๆ หรือปฏิบัติตามที่ประสงค์ใด ๆ เกี่ยวกับการ
นั้น อันเป็นการนอกเหนือไปจากหรือเป็นการระงับการเก็บภาษีอากรและข้อประสงค์ที่เกี่ยวข้องซึ่ง
วิสาหกิจอื่นที่คล้ายคลึงกันของรัฐแรกนั้นถูกหรืออาจถูกบังคับให้เสียหรือให้ปฏิบัติตามที่

(๔) ในข้อนี้ คำว่า "ภาษีอากร" หมายถึง ภาษีอากรทุกชนิดทุกลักษณะ

ข้อ ๒๔

(๑) ในกรณีที่ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐทำสัญญาต่างประเทศหนึ่งพิจารณาเห็นว่าการกระทำของรัฐทำสัญญา
ประเทศหนึ่งหรือสองรัฐมีผลหรือจะมีผลให้ตนต้องเสียภาษีอากรโดยไม่เป็นไปตามความตกลงนี้
ผู้นั้นอาจยื่นเรื่องราวของตนต่อเจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐทำสัญญาซึ่งตนมีถิ่นที่อยู่ใน แม้จะมีทางแก้
ไขตามกฎหมายแห่งชาติของรัฐเหล่านั้นอยู่แล้วก็ตาม

(๒) ถ้าอธิบดีกำนันประจำอำเภอเจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจว่ามีเหตุผลสมควรและดำเนินไม่สามารถ
ที่จะหาทางแก้ไขที่เหมาะสมได้เอง ให้เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจพยายามแก้ไขกรณีนั้น โดยความตกลง
ร่วมกันกับเจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐทำสัญญาอีกประเทศหนึ่งเพื่อการเว้นการเก็บภาษีซ้อนอันไม่เป็น
ไปตามความตกลงนี้

(๓) ให้เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐทำสัญญาทั้งสองรัฐพยายามแก้ไขซึ่งข้อขัดแย้งหรือข้อ
สงสัยใด ๆ อันเกิดขึ้นเกี่ยวกับการตีความหรือการใช้ความตกลงนี้ด้วยความตกลงร่วมกัน เจ้าหน้าที่
ดังกล่าวอาจหารือกันเพื่อจัดการเก็บภาษีซ้อนในกรณีใด ๆ ที่ไม่อยู่ในความตกลงนี้

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze und zum Austausch von Informationen nach Artikel 25 unmittelbar miteinander verkehren.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs and for the exchange of information provided for in Article 25.

Artikel 25

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder gerichtlichen Festsetzung und der Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Article 25

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons or authorities other than those concerned with the assessment including judicial determination or collection of the taxes which are the subject of this Agreement.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on one of the Contracting States the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Artikel 26

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Article 26

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of diplomatic or consular officials under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Artikel 27

Enthalten das Recht eines der beiden Vertragsstaaten oder völkerrechtliche Regelungen, die zwischen den Vertragsstaaten neben diesem Abkommen gegenwärtig oder künftig bestehen, eine Bestimmung, die für eine in einem Vertragsstaat ansässige Person günstiger ist als die Regelungen dieses Abkommens, so wird diese Bestimmung, soweit sie günstiger ist, von diesem Abkommen nicht berührt.

Article 27

If the law of either Contracting State or international obligations existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Agreement contain a regulation entitling a resident of a Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, not be affected by this Agreement.

Artikel 28

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Thailand innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 28

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Kingdom of Thailand within three months from the date of entry into force of this Agreement.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt dann

- a) hinsichtlich der deutschen Steuer für die Steuern, die für das Kalenderjahr 1967 und die folgenden Kalenderjahre erhoben werden,

Article 29

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force after the expiration of one month following the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall thereupon have effect:

- a) In respect of German tax, for taxes which are levied for the calendar year 1967 and for the subsequent calendar years.

- (๔) เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐทั้งสองรัฐอาจตกลงซึ่งกันและกันโดยทรงเพื่อให้มีความตกลงตามความหมายแห่งวรรคก่อน ๆ นั้น และเพื่อแลกเปลี่ยนข้อเสนอก่อนที่กล่าวมาไว้ในข้อ ๒๔

ข้อ ๒๕

- (๑) ให้เจ้าหน้าที่ผู้มีอำนาจของรัฐทั้งสองรัฐแลกเปลี่ยนข้อเสนอสืบค้นว่าจำเป็นแก่การปฏิบัติการตามความตกลงนี้ ข้อเสนอสืบค้นใด ๆ ที่แลกเปลี่ยนกันนั้นให้ถือว่าเป็นความลับและมีได้เปิดเผยแก่บุคคลหรือเจ้าหน้าที่ใด ๆ นอกเหนือจากนี้เกี่ยวข้องกับการประเมิน รวมทั้งการวินิจฉัยทางศาล หรือการเพิ่มภาษีอากรที่อยู่ในขอบข่ายของความตกลงนี้
- (๒) ไม่ว่าในกรณีใดก็ตาม มิให้แปลความของวรรค ๑ เป็นการตั้งข้อผูกมัดถึงผู้ทำสัญญารัฐใดรัฐหนึ่งให้
- (ก) คำแนะนำการกำหนดยุทธวิธีโดยชัดแจ้งกฎหมายหรือวิธีปฏิบัติการบริหารของรัฐผู้ทำสัญญารัฐหนึ่งหรือของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง
- (ข) ให้รายละเอียดข้อเท็จจริงที่หาได้ตามกฎหมายหรือตามทางการบริหารตามปกติของรัฐผู้ทำสัญญารัฐหนึ่งหรือของรัฐผู้ทำสัญญาอีกรัฐหนึ่ง
- (ค) ให้ข้อเสนอสืบค้นจะเปิดเผยความลับทางการค้า ธุรกิจ อุตสาหกรรม การพาณิชย์ หรือวิชาชีพ หรือกรรมวิธีการค้า หรือข้อเสนอสืบค้นหากเปิดเผย จะเป็นการขัดกับความสงบเรียบร้อย

ข้อ ๒๖

ไม่มีข้อจำกัดในความตกลงนี้กระหน่ำเอกสารหรือการรั่วไหลของเจ้าหน้าที่ทางทูตหรือกงสุลตามหลักทั่วไปแห่งกฎหมายระหว่างประเทศหรือตามแห่งความตกลงพิเศษทั้งหลาย

ข้อ ๒๗

ถ้ากฎหมายของรัฐผู้ทำสัญญารัฐใดรัฐหนึ่ง หรือความผูกพันระหว่างประเทศซึ่งมีอยู่ในปัจจุบันหรือที่ก่อตั้งขึ้นภายหลังระหว่างรัฐผู้ทำสัญญาทั้งสองเพิ่มเติมจากความตกลงนี้ มีข้อกำหนดให้สิทธิแก่ผู้มีถิ่นที่อยู่ในรัฐผู้ทำสัญญาหนึ่งได้รับการปรึกษาคือเป็นการอุปเคราะห์มากกว่าที่กล่าวไว้ในความตกลงนี้ ข้อกำหนดเช่นนั้นในส่วนที่เกี่ยวข้องกับการปรึกษาคือเป็นการอุปเคราะห์มากกว่า จะไม่มีผลกระทบกระเทือนโดยความตกลงนี้

ข้อ ๒๘

ความตกลงนี้มีผลใช้บังคับถึงมลรัฐเบอร์ลินด้วย และมีเงื่อนไขว่ารัฐบาลสหพันธ์สาธารณรัฐเยอรมนีได้แจ้งเป็นอย่างอื่นต่อรัฐบาลแห่งราชอาณาจักรไทย ภายในกำหนด ๓ เดือนนับแต่วันที่ความตกลงนี้มีผลใช้บังคับ

ข้อ ๒๙

๑

- (๑) ความตกลงนี้จะได้รับการสัตยาบันและจะไต่ทำการแลกเปลี่ยนสัตยาบันสารกัน ณ กรุงบอนน์ โดยเร็วที่สุด
- (๒) ความตกลงนี้ให้เริ่มใช้บังคับหลังจากครบกำหนด ๑ เดือน นับแต่วันแลกเปลี่ยนสัตยาบันสาร และจะมีผลบังคับมีขึ้นเป็นต้นไป
- (ก) ในส่วนที่เกี่ยวข้องกับภาษีเยอรมัน สำหรับภาษีซึ่งเรียกเก็บสำหรับนิติบุคคล
- ๒๕๑๐ (๑๘๗) และสำหรับนิติบุคคลอื่น ๆ ไป

b) hinsichtlich der thailändischen Steuer

1. bei den Steuern vom Einkommen für das Einkommen des Kalenderjahres 1967 und der folgenden Kalenderjahre, und für das Einkommen der Wirtschaftsjahre, die im Kalenderjahr 1967 und in den folgenden Kalenderjahren enden;
2. bei den Steuern vom Vermögen, die vom 1. Januar 1967 an zu entrichten sind.

b) In respect of Thai tax

1. for the taxes on income, for the income of the calendar year 1967 and of subsequent calendar years and of accounting periods ending in the calendar year 1967 and subsequent calendar years;
2. for taxes on capital the payment of which is required on or after the first day of January 1967.

Artikel 30

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis einschließlich 30. Juni jeden Kalenderjahres nach Ablauf von drei Jahren, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Falle verliert dieses Abkommen seine Gültigkeit und ist erstmals nicht mehr anzuwenden

a) hinsichtlich der deutschen Steuer auf die Steuern, die für das auf das Kündigungsjahr folgende Kalenderjahr erhoben werden,

b) hinsichtlich der thailändischen Steuer

1. auf die Steuern vom Einkommen für das Einkommen des auf das Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahres und für das Einkommen der Wirtschaftsjahre, die in diesem Kalenderjahr enden;
2. auf die Steuern vom Vermögen, die vom 1. Januar des dem Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahres ab zu entrichten sind.

Article 30

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the 30th day of June in any calendar year beginning after the expiry of three years from the date of its entry into force give to the other Contracting State, through the diplomatic channel, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to be effective:

a) In respect of German tax, for taxes which are levied for the calendar year following the year in which the notice of termination is given.

b) In respect of Thai tax

1. for the taxes on income, for the income of the calendar year following the year in which the notice of termination is given and of accounting periods ending in that calendar year;
2. for taxes on capital the payments of which is required on or after the first day of January of the calendar year following the year in which the notice of termination is given.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten hierzu gehörig bevollmächtigten Vertreter der Vertragsparteien den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel aufgedrückt.

GESCHEHEN zu Bangkok am 10. Juli 1967 in sechs Urschriften je zwei in deutscher, thailändischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; im Zweifelsfall ist der englische Wortlaut maßgebend.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized thereto have signed the present Agreement and have affixed thereto their seals.

DONE at Bangkok on this tenth day of July, one thousand nine hundred and sixty seven, in six originals, two each in the German, Thai and English languages, all texts being equally authentic, except in the case of doubt when the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Hans-Ulrich von Schweinitz
Botschafter

For the Federal Republic of Germany
Hans-Ulrich von Schweinitz
Ambassador

Für das Königreich Thailand
Thanat Khoman
Außenminister

For the Kingdom of Thailand
Thanat Khoman
Minister of Foreign Affairs

(๑) ในส่วนที่เกี่ยวกับภาษีไทย

๑. สำหรับภาษีที่เก็บจากเงินได้สำหรับเงินได้ของปีปฏิทิน ๒๕๐๐ (๑๙๕๗) และของปีปฏิทินถัดไป และรอบระยะเวลาบัญชีสิ้นสุดในปีปฏิทิน ๒๕๐๐ (๑๙๕๗) และปีปฏิทินถัดไป
๒. สำหรับภาษีที่เก็บจากทุนที่กองชำระในวันหรือหลังวันแรกของเดือนมกราคม ๒๕๐๐ (๑๙๕๗)

ข้อ ๓๐

ความตกลงนี้จะมีผลใช้บังคับต่อไป แต่รัฐผู้ทำสัญญาทั้งสองรัฐได้ขอขมอดกล่าวเป็นลายลักษณ์อักษรเพื่อเลิกความตกลงนี้ โดยทางการทูตของรัฐทำสัญญาอีกรัฐหนึ่งในปีก่อนวันที่ ๓๐ มิถุนายน ของปีปฏิทินใด ๆ ซึ่งเริ่มตั้งแต่วันที่สามหลังจากสิ้นกำหนดเวลา ๓ ปี นับแต่วันที่ความตกลงนี้มีผลใช้บังคับ และในกรณีเช่นนี้ ความตกลงนี้จะป็นอันเลิกมีผลบังคับ

(ก) ในส่วนที่เกี่ยวกับภาษีเยอรมัน สำหรับภาษีซึ่งเรียกเก็บสำหรับปีปฏิทินถัดจากปีซึ่งได้มีการยกเลิก

(๑) ในส่วนที่เกี่ยวกับภาษีไทย

๑. สำหรับภาษีที่เก็บจากเงินได้ สำหรับเงินได้ของปีปฏิทินถัดจากปีซึ่งได้มีการยกเลิก และสำหรับรอบระยะเวลาบัญชีซึ่งสิ้นสุดในปีปฏิทินนั้น
๒. สำหรับภาษีที่เก็บจากทุน ภาษีที่กองชำระในวันหรือหลังวันแรกของเดือนมกราคม ในปีปฏิทินถัดจากปีซึ่งได้มีการยกเลิก

เพื่อเป็นพยานแก่การนี้ ผู้ลงนามข้างล่างนี้ซึ่งได้รับมอบอำนาจโดยถูกต้องเพื่อการนี้ ได้ลงนามในความตกลงนี้และได้ประทับตราไว้เป็นสำคัญ

ทำ ณ กรุงเพทฯ เมื่อวันที่ ๑๐ กรกฎาคม ค.ศ. ๑๙๕๗ ที่ฉบับ ๒ ฉบับ
เป็นภาษาเยอรมัน ภาษาไทย และภาษาอังกฤษ ภาษาละ ๒ ฉบับ ทุกฉบับไว้ให้เท่าเทียมกัน เว้นแต่กรณีซึ่งมีให้ใช้ฉบับภาษาอังกฤษบังคับ

ฝ่ายรัฐบาลแห่งราชอาณาจักรไทย

ฝ่ายรัฐบาลสหพันธ์สาธารณรัฐเยอรมัน

อนันต์ คณินทร

ฮันส์ ดูริช ฟอน สไวทซ์

รัฐมนตรีว่าการกระทรวงการต่างประเทศ

เอกอัครราชทูต

(Übersetzung)

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Bangkok

Bangkok, 10. Juli 1967

Exzellenz,

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragsstaaten übereingekommen sind, die nachstehend erwähnten Bestimmungen wie folgt anzuwenden:

1. Der in Artikel 5 Absatz 5 Buchstabe c verwendete Ausdruck „ausschließlich“ oder „fast ausschließlich“ ist so zu verstehen, daß die Tätigkeit, die die Person für andere als die dort angeführten Unternehmen ausübt, im Vergleich zu ihrer Tätigkeit für die in der Vorschrift angeführten Unternehmen von so untergeordneter Bedeutung ist, daß praktisch davon ausgegangen werden kann, daß die Person nur für die letztgenannten Unternehmen tätig ist.
2. Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 Buchstabe a gilt nicht für Dividenden, die von einer Gesellschaft gezahlt werden, deren Einkünfte nicht ausschließlich oder fast ausschließlich
 - a) aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften, oder
 - b) aus Dividenden stammen, die von einer oder mehreren in Thailand ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mehr als 25 v. H. der erstgenannten Gesellschaft gehören und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften beziehen.

Für Dividenden dieser Art gilt Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe b.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigten; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Schweinitz

Seiner Exzellenz
Thanat Khoman
Außenminister
Bangkok

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Bangkok

Bangkok, July 10th, 1967

Excellency,

With reference to the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Thailand for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital, I have the honour to inform you on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that the two Contracting States have agreed that the provisions referred to below shall be applied as follows:

1. The term "wholly" or "almost wholly" as used in Article 5 paragraph 5, subparagraph c, shall be understood to mean that the person's activities for enterprises other than those referred to therein are of such minor importance in relation to his activities for or on behalf of the enterprises mentioned therein that for all practical purposes such person may be regarded as working solely for or on behalf of the latter enterprises.
2. Article 22, paragraphs 2a) and 3a), shall not apply to any dividends paid by a company which does not derive its income exclusively or almost exclusively
 - a) from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, rendering services, or doing banking or insurance business, or
 - b) from dividends paid by one or more companies, being residents of Thailand, more than 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company, which themselves derive their income exclusively or almost exclusively from producing, selling goods or merchandise, leasing or letting, rendering services or doing banking or insurance business.

In case of such dividends Article 22, paragraphs 2 b) and 3 b), shall apply.

I should be grateful if you could confirm your agreement with the above and that, in such case, this note and your reply thereto should be deemed to be part of the Agreement.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

von Schweinitz

His Excellency
Thanat Khoman
Minister of Foreign Affairs
Bangkok

(Übersetzung)

Außenministerium
Saranrom Palace

10. Juli B. E. 2510

Ministry of Foreign Affairs
Saranrom Palace

10th July, B.E. 2510.

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang der heutigen Note Eurer Exzellenz — V 4-80 No. 181/67 — zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragsstaaten übereingekommen sind, die nachstehend erwähnten Bestimmungen wie folgt anzuwenden:

1. Der in Artikel 5 Absatz 5 Buchstabe c verwendete Ausdruck ‚ausschließlich‘ oder ‚fast ausschließlich‘ ist so zu verstehen, daß die Tätigkeit, die die Person für andere als die dort angeführten Unternehmen ausübt, im Vergleich zu ihrer Tätigkeit für die in der Vorschrift angeführten Unternehmen von so untergeordneter Bedeutung ist, daß praktisch davon ausgegangen werden kann, daß die Person nur für die letztgenannten Unternehmen tätig ist.
2. Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 Buchstabe a gilt nicht für Dividenden, die von einer Gesellschaft gezahlt werden, deren Einkünfte nicht ausschließlich oder fast ausschließlich
 - a) aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften, oder
 - b) aus Dividenden stammen, die von einer oder mehreren in Thailand ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mehr als 25 v. H. der erstgenannten Gesellschaft gehören und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften beziehen.

Für Dividenden dieser Art gilt Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe b.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigen; in diesem Falle sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.“

Ich beehre mich, das vorerwähnte Einverständnis mitzuteilen und festzustellen, daß diese Note und die Note Eurer Exzellenz auf die sie antwortet Bestandteil des heute unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen bilden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Thanat Khoman
Außenminister

Seiner Exzellenz
Herrn Hans-Ulrich von Schweinitz,
Außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter
der Bundesrepublik Deutschland
Bangkok

Excellency,

I have the honour to acknowledge the receipt of Your Excellency's Note V 4-80 No. 181/67 of today's date, which reads as follows:

“With reference to the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Thailand for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital, I have the honour to inform you on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that the two Contracting States have agreed that the provisions referred to below shall be applied as follows:

1. The term “wholly” or “almost wholly” as used in Article 5 paragraph 5, subparagraph c), shall be understood to mean that the person's activities for enterprises other than those referred to therein are of such minor importance in relation to his activities for or on behalf of the enterprises mentioned therein that for all practical purposes such person may be regarded as working solely for or on behalf of the latter enterprises.
2. Article 22, paragraph 2a) and 3a), shall not apply to any dividends paid by a company which does not derive its income exclusively or almost exclusively
 - a) from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, rendering services, or doing banking or insurance business, or
 - b) from dividends paid by one or more companies, being residents of Thailand, more than 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company, which themselves derive their income exclusively or almost exclusively from producing, selling goods or merchandise, leasing or letting, rendering services or doing banking or insurance business.

In case of such dividends Article 22, paragraphs 2 b) and 3 b), shall apply.

I should be grateful if you could confirm your agreement with the above and that, in such case, this note and your reply thereto should be deemed to be part of the Agreement.”

In reply, I have the honour to confirm the aforementioned agreement and to state that the present Note and Your Excellency's Note under reply shall be regarded as forming part of the Agreement for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital signed today.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

Thanat Khoman
Minister of Foreign Affairs

His Excellency
Monsieur Hans-Ulrich von Schweinitz,
Ambassador Extraordinary and
Plenipotentiary of the Federal
Republic of Germany,
Bangkok

Denkschrift zum Abkommen

I. Ziele und Grundsätze des Abkommens

Das vorliegende deutsch-thailändische Doppelbesteuerungsabkommen schafft für die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Thailand steuerlich eine sichere vertragliche Rechtsgrundlage. Es zielt auf eine weitere Vertiefung des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern ab und soll vor allem auch die entwicklungspolitisch erwünschten deutschen Privatinvestitionen in Thailand fördern. Das Abkommen stellt damit ein steuerliches Gegenstück zu dem deutsch-thailändischen Investitionsschutzabkommen vom 13. Dezember 1961 (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 687) dar.

Das Abkommen überbrückt tiefgehende Unterschiede in der Steuerstruktur und den Vertragsvorstellungen der beiden Länder, wobei es die dem Schutz der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dienenden Vertragsgrundsätze wahrt, gleichzeitig aber auch den besonderen Verhältnissen des Königreichs Thailand Rechnung trägt. Entsprechend der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 6. April 1960 (BT-Drucks. 1763) schränkt das Abkommen in den für den deutsch-thailändischen Wirtschaftsverkehr bedeutsamen Fällen die Besteuerungsrechte des Quellenstaates durch feste Begrenzungen ein. In Struktur und Aufbau entspricht das Abkommen der deutschen Vertragspraxis. Es folgt weitgehend dem von der OECD empfohlenen Muster für Doppelbesteuerungsabkommen und trägt so zur Vereinheitlichung des internationalen Steuerrechts und der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen bei.

Die Doppelbesteuerung wird nach dem Abkommen auf folgende Weise vermieden: Bei gewissen Einkünften verzichtet der Staat, aus dem sie stammen, (Quellenstaat) auf die Besteuerung; sie werden nur in dem Staat besteuert, in dem der Empfänger ansässig ist (Wohnsitzstaat). Bei anderen Einkünften bleibt die Besteuerung im Quellenstaat ganz oder in beschränktem Umfang aufrechterhalten. Die Doppelbesteuerung wird in diesen Fällen dadurch vermieden, daß der Wohnsitzstaat die Einkünfte entweder von seiner Steuer freistellt oder die Steuer des Quellenstaates auf seine eigene Steuer anrechnet. Ähnliche Bestimmungen gelten für die Besteuerung des Vermögens.

Nach der bei deutschen Doppelbesteuerungsabkommen üblichen Gliederung legen demgemäß Artikel 6 bis 21 des Abkommens den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellenstaat Einkünfte und Vermögen besteuern darf. Artikel 22 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat zur Besteuerung zugewiesenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die einleitenden Artikel 1 bis 5 stecken den Geltungsbereich des Vertragswerkes ab und enthalten die das Abkommen tragenden Definitionen. Die abschließenden Artikel 23 bis 30 ergänzen den Abkommenschutz durch Diskriminierungsverbote, regeln die zur Abkommensdurchführung notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten und enthalten andere ergänzende Bestimmungen.

Den Verhandlungen, die im April 1964 in Bangkok aufgenommen und im April 1965 in Bonn abgeschlossen wurden, lagen deutsche Vertragsentwürfe zugrunde.

II. Die einzelnen Abkommensbestimmungen

Zu Artikel 1

Nach diesem Artikel genießen alle im Gebiet der Vertragsstaaten ansässigen Personen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit den Schutz des Abkommens.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezieht umfassend alle in den Vertragsstaaten erhobenen Steuern vom Einkommen und Vermögen in das Abkommen ein.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert einige in dem Abkommen verwendete Begriffe und befaßt sich mit der Auslegung des Abkommens.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in dem einen oder anderen Staat ansässigen Person, wonach sich u. a. der Schutzbereich des Abkommens (vergleiche Artikel 1) und die Zuteilung der Besteuerungsrechte ausrichtet.

Grundsätzlich gilt jedermann, den ein Staat nach seinem nationalen Steuerrecht als im Inland ansässig besteuert, auch für das Abkommen als in diesem Staat ansässig. Bei Ansässigkeit in beiden Vertragsstaaten (z. B. Doppelwohnsitz) entscheidet bei natürlichen Personen eine Reihe von Merkmalen, bei Gesellschaften das Einvernehmen der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten, darüber, welcher Staat für das Abkommen als Wohnsitzstaat den Vorrang hat.

Zu Artikel 5

Bei gewerblichen Einkünften richtet sich die Zuweisung des Besteuerungsrechts nach dem Vorhandensein einer „Betriebsstätte“ (vergleiche Artikel 7). Diesen Ausdruck definiert Artikel 5.

Betriebsstätten sind grundsätzlich nur feste Geschäftseinrichtungen (Absätze 1 und 2); das Abkommen nimmt aber Geschäftseinrichtungen, die nur mit gewissen Hilfstätigkeiten betraut sind, zur Erleichterung des internationalen Wirtschaftsverkehrs aus der Betriebsstättenbesteuerung aus (Absatz 4). Montagen von Betriebseinrichtungen und Maschinen gelten nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer 6 Monate, Bauausführungen, wenn ihre Dauer 3 Monate überschreitet (Absatz 3). Die Bestellung von Vertretern löst die Betriebsstättenbesteuerung nur nach Maßgabe weniger, genau umrissener Tatbestände aus (Absätze 5 und 6), die Ziffer 1 des Notenwechsels weiter einengt. Eine Gesellschaft kann nicht lediglich wegen ihrer gesellschaftsrechtlichen Abhängigkeit als Betriebsstätte der beherrschenden Gesellschaft angesehen werden (Absatz 7).

Zu Artikel 6

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für unbewegliches Vermögen dem Belegenheitsstaat zu.

Zu Artikel 7

Entsprechend dem international anerkannten Betriebsstättenprinzip darf nach Absatz 1 ein Staat den gewerblichen Gewinn von Unternehmen des anderen Staates nur besteuern, wenn er durch eine Betriebsstätte (vergleiche dazu Artikel 5) in seinem Gebiet erwirtschaftet ist.

Die Absätze 2 bis 4 regeln die Ermittlung des Betriebsättengewinns. Absatz 5 behandelt das Verhältnis dieses Artikels zu den Bestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel enthält über die Bestimmungen des Artikels 7 hinausgehende Steuererleichterungen für international tätige Luft- und Seeschiffsverkehrsunternehmen. Die Steuer, die Seeschiffsverkehrsunternehmen eines Staates im anderen Staat von den Gewinnen einer dortigen Betriebsstätte (Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 5) zu entrichten hat, wird durch das Abkommen auf die Hälfte gesenkt (Absatz 2). Dagegen sind Luftverkehrsunternehmen eines Staates in dem anderen Staat ganz von den dortigen Steuern befreit.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel bestimmt, daß künstliche Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen steuerlich nicht anzuerkennen sind.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel begrenzt für die wichtigsten Fälle die Steuer, die der Quellenstaat von Dividenden erheben darf.

Die thailändische Seite begrenzt ihre Steuer, wenn die Dividenden auf wesentliche Beteiligungen gezahlt werden, d. h. einer deutschen Muttergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v. H.) zufließen. Der Höchstsatz der thailändischen Steuer beträgt 15 v. H., wenn Thailand die ausschüttende Gesellschaft als steuerlich förderungswürdig anerkennt, sonst 20 v. H. Da die Dividenden bei der deutschen Muttergesellschaft das Schachtelprivileg genießen (vergleiche Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe a), ist die Besteuerung damit abgeschlossen.

Im Gegensatz dazu greift bei Dividenden auf nicht-wesentliche Beteiligungen noch die deutsche Steuer ein, auf die die thailändische Steuer anzurechnen ist (vergleiche dazu Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b). Eine Senkung der Quellensteuer wird in diesen Fällen oft durch den Anrechnungsmechanismus kompensiert; sie bringt dann dem Aktionär keine Steuerentlastung, sondern mindert nur das thailändische Steueraufkommen. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse Thailands begrenzt deshalb das Abkommen bei solchen Dividenden die thailändische Steuer nur auf 20 v. H., und das auch nur,

wenn die ausschüttende Gesellschaft von der thailändischen Seite als steuerlich förderungswürdig anerkannt wird.

Die Bundesrepublik senkt ihre Quellensteuer von den nach Thailand abfließenden Dividenden auf 20 v. H. (Absatz 2 Buchstabe b). Von Ausschüttungen an in Thailand ansässige Muttergesellschaften (Mindestbeteiligung 25 v. H.) kann die deutsche Kapitalertragsteuer im Hinblick auf den gespaltenen Satz der deutschen Körperschaftsteuer zum vollen Satz von 25 v. H. erhoben werden (Absatz 3); falls der gespaltenen Satz in seiner heutigen Form wegfällt, soll die deutsche Kapitalertragsteuer in diesen Fällen auf den international üblichen Satz von 15 v. H. begrenzt werden (Absatz 2 Buchstabe b). Die Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen zu dieser Regelung.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Sie werden dem Wohnsitzstaat zur Besteuerung zugewiesen (Absatz 1); aber auch der Quellenstaat kann von ihnen eine auf 25 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen begrenzte Steuer erheben, die auf die Steuer des Wohnsitzstaates anzurechnen ist (vergleiche Artikel 22). Die Quellensteuer darf höchstens 10 v. H. betragen, wenn die Zinsen von einem förderungswürdigen thailändischen Unternehmen an ein deutsches Geldinstitut oder eine deutsche Versicherungsgesellschaft gezahlt werden (Absatz 3). Die Quellensteuer entfällt vollständig für Zinsen, die der öffentlichen Hand, den Staatsbanken oder der Deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau zufließen oder aus von der öffentlichen Hand ausgegebenen Schuldverschreibungen stammen (Absatz 4). Die Absätze 5 bis 8 ergänzen diese Regelung.

Sollte Thailand in einem Doppelbesteuerungsabkommen mit einem anderen Lande niedrigere Quellensteuersätze zugestehen, dann wird es — nach einer Zusage der thailändischen Delegation in einem Verständigungsprotokoll — Verhandlungen über eine Vertragsrevision aufnehmen, um entsprechende Sätze auch in dem vorliegenden Abkommen vorzusehen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Lizenzgebühren. Sie werden dem Wohnsitzstaat zur Besteuerung zugewiesen (Absatz 1); aber auch der Quellenstaat kann von ihnen eine begrenzte Steuer erheben, die auf die Steuer des Wohnsitzstaates anzurechnen ist (vergleiche Artikel 22). Der Höchstsatz dieser Steuer beträgt 15 v. H. bei Lizenzgebühren für Patente, gewerbliches know-how und ähnliche Einkünfte; bei Gebühren für die Benutzung literarischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Urheberrechte ist er weiter auf 5 v. H. abgesenkt. Vorstehende Regelung gilt nach Absatz 3 auch für die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Patenten, Urheberrechten und anderen lizenztragenden Wirtschaftsgütern. Die Absätze 4 bis 6 treffen ergänzende Regelungen.

Sollte Thailand in einem Doppelbesteuerungsabkommen mit einem anderen Staat niedrigere Quellensteuersätze zugestehen, dann wird es — nach einer

Zusage der thailändischen Delegation in einem Verständigungsprotokoll — Verhandlungen über eine Vertragsrevision aufnehmen, um entsprechende Sätze auch in dem vorliegenden Abkommen vorzusehen.

Zu Artikel 13

Nach diesem Artikel ist die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zugewiesen (Absatz 3). Der Belegenheits-(Quellen-)staat darf aber Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von Betriebstättenvermögen besteuern. Sonderregelungen gelten für Veräußerungsgewinne von See- und Luftfahrtunternehmen und für Gewinne aus der Veräußerung von Patenten, Urheberrechten oder anderen lizenztragenden Wirtschaftsgütern (Absatz 2 Satz 2 und Artikel 12 Absatz 3).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel weist die Besteuerung von Einkünften aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit dem Staat zu, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird (Absatz 1). Sonderregelungen gelten für kurzfristig entsandte Arbeitskräfte sowie für die Besatzungen von Seeschiffen und Luftfahrzeugen (Absätze 2 und 3).

Zu Artikel 15

Nach diesem Artikel sollen die Einkünfte von Künstlern und Sportlern und die Gewinne aus ihren Darbietungen ausnahmslos dort besteuert werden, wo die Tätigkeit ausgeübt wurde. Die abweichenden Regeln des Artikels 14 Absatz 2 und des Artikels 7 gelten aber für gewisse öffentlich geförderte Darbietungen.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen dem Staat zu, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Absatz 1 befreit Gehalts- und Lohnzahlungen aus öffentlichen Kassen eines Staates von der Steuer des anderen Staates. Die Absätze 2 und 3 enthalten Ausnahmen und ergänzende Bestimmungen zu dieser Regelung.

Zu Artikel 18

Absatz 1 weist die Besteuerung von Ruhegehältern und Renten dem Wohnsitzstaat zu; der andere Staat darf sie jedoch besteuern, wenn sie von ihm besteuertes gewerbliches Einkommen gemindert haben. Nach den Absätzen 2 und 3 dürfen Ruhegehälter und Renten aus öffentlichen Kassen sowie Entschädigungsleistungen für Kriegsfolge- und Verfolgungsschäden nur im Kassenstaat besteuert werden.

Zu Artikel 19 und 20

Diese Artikel sollen den deutsch-thailändischen Austausch von Lehrkräften und in Ausbildung stehenden Personen fördern. Dazu befreit Artikel 19 die

Bezüge bestimmter Gastlehrkräfte aus ihrer Lehrtätigkeit von der Steuer des Gastlandes. Personen, die sich aus einem Staat zu ihrer Ausbildung oder zum Erwerb von Erfahrungen in den anderen Staat begeben, befreit Artikel 20 in gewissem Umfang mit ihren Unterhalts- und Ausbildungsgeldern sowie ihren Gehaltsbezügen von der Steuer des Gastlandes.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Es darf grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 4). Unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen von Betriebstätten (ausgenommen von Betriebstätten der See- und Luftfahrtunternehmen) darf aber nach den Absätzen 1 bis 3 der Belegenheitsstaat besteuert werden.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und bei Vermögenswerten beseitigt, die nach dem Abkommen im Quellen- oder Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die Einkünfte und Vermögensteile, die in Thailand besteuert werden können, von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode — Absatz 2 Buchstabe a). Die freigestellten Einkünfte sind aber bei der Ermittlung des Steuersatzes für die den deutschen Steuern weiter unterworfenen Einkünfte zu berücksichtigen (Progressionsvorbehalt). Indem das Abkommen die Freistellung auch für Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen deutscher an thailändischen Kapitalgesellschaften (Mindestbeteiligung 25 v.H.) sowie für diese Beteiligungen selbst gewährt, weitet es — der deutschen Vertragspraxis entsprechend — das innerstaatliche deutsche Schachtelprivileg über die Grenze aus. Ziffer 2 des Briefwechsels zu dem Abkommen schließt aus, daß aus dieser Regelung ungerechtfertigte Steuervorteile bei internationalen Einkommensverlagerungen entstehen.

Der deutschen Vertragspraxis entsprechend wird bei Dividenden aus nichtwesentlichen Beteiligungen, bei Zinsen und Lizenzgebühren sowie einigen anderen Einkünften die Doppelbesteuerung nicht durch Freistellung, sondern durch Anrechnung der von diesen Einkünften in Thailand entrichteten Steuer beseitigt (Anrechnungsmethode — Absatz 2 Buchstabe b).

Bei in Thailand ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung bei Einkünften, die nach dem Abkommen in der Bundesrepublik besteuert werden können, durch entsprechende Steuererleichterungen in Thailand ausgeglichen (Absatz 3).

Zu Artikel 23

Dieser Artikel untersagt die steuerliche Diskriminierung auf Grund der Staatsangehörigkeit (Absatz 1). Die Absätze 3 und 4 enthalten eine Ausdehnung des Diskriminierungsverbots auf die Besteue-

nung von Betriebstätten und Kapitalbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen. Der Artikel gilt nach Absatz 5 für Steuern jeder Art.

In einem Verständigungsprotokoll haben die Verhandlungsdelegationen in gemeinsamer Auslegung klargestellt, daß das geltende deutsche Steuerrecht und die Sectionen 67, 70 und 71 des thailändischen Steuergesetzes den Vorschriften dieses Artikels und der Artikel 7 Absatz 3, 10 Absatz 6 des Abkommens entsprechen.

Zu Artikel 24 und 25

Artikel 24 und 25 regeln die Zusammenarbeit der deutschen und der thailändischen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens. Dem dient vor allem das Verständigungsverfahren (Artikel 24 Absätze 1 bis 3), dessen Einleitung auch von den interessierten Steuerpflichtigen beantragt werden kann. Die obersten Finanzverwaltungsbehörden können ferner zur Durchführung des Abkommens Informationen austauschen (Artikel 25). Das Abkommen eröffnet für diese Zwecke den unmittelbaren Verkehr zwischen den Finanzministerien beider Länder (Artikel 24 Absatz 4).

Zu Artikel 26

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen die steuerlichen Vorrechte der diplomatischen und konsularischen Bediensteten nicht berührt.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel stellt klar, daß weitergehende Vergünstigungen in völkerrechtlichen Verträgen oder im innerstaatlichen Recht eines der Vertragsstaaten durch das Abkommen nicht berührt werden.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll auf den Beginn des Unterzeichnungsjahres 1967 zurückwirken.

Zu Artikel 39

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.